

109-4/1070

MINISTERSTVO NÁRODNÍ ZPRÁVY
ARCHIVNÍ A STUŽNÍ ODBOR

29.4.2009

Číslo

Gj.

Přílohy

109-4/1070

39 listů

42 listů list č. R-1: 18-2
18-3 1. stránka

Krab. 57.

ST S

IV. J - 26 /41.

IV. J - 27 /41.

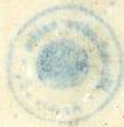
Prag, den 19. Dezember 1941.

1) V e r m e r k .

Die von dem Herrn Staatssekretär gewünschte Änderung
der Verordnung auf dem Gebiet des Meldewesens ist er-
folgt.

2) Z.d.A.

h



h

StS. II 7 26 - 101

Prag, den 18. November 1941.

2

18. 11. 1941

Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Steinhauer.

Unter dem 1.v.Mts. - Zeichen St.S. IV J - 26/41 habe ich Herrn Haferkamp die Weisung des Herrn Staatssekretärs übermittelt, dass eine Abänderung der auf der Seite 334 des Verordnungsblattes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren abgedruckten Verordnung auf dem Gebiete des Meldewesens zu erfolgen habe. Ich wäre für eine Mitteilung über den Stand der Angelegenheit dankbar.

2) Wv. am 18. 12. 1941 bei dem Unterzeichner.



Wiedervorgelegt am 11. 11. 41

BRIS

h h

3

St.S. IV J - 26/41.

Prag, den 1. Oktober 1941.



17. X. 1941

- 1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:
Herrn Haferkamp.

Handwritten blue ink notes, possibly "Bogen" and "1. 10. 41".

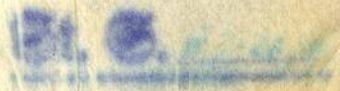
Der Herr Staatssekretär wünscht eine Abänderung der auf der Seite 334 des Verordnungsblattes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren abgedruckten Verordnung auf dem Gebiet des Meldewesens - und zwar dahingehend, dass der § 2 der Verordnung auch auf die Angehörigen der Waffen- $\frac{H}{H}$ ausgedehnt wird. Ich bitte um die entsprechende weitere Veranlassung. Sobald die Abänderung erfolgt ist, wird die $\frac{H}{H}$ -Standortkommandantur Prag für die Waffen- $\frac{H}{H}$ bei der eigenen Dienststelle und bei den Dienststellen der $\frac{H}{H}$ -Standortältesten Meldestellen einrichten. Ich wäre dankbar, wenn Sie mich bis zum 15.k.Mts. über den Stand der Angelegenheit unterrichten würden.

- 2) Wv. am 15. ^{10.} 1941 bei dem Unterszeichner.



Wiedervorgelegt am 15. 11. 41

Handwritten blue ink notes: "2. Seite" and "h. h."



Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

Prag, den 15. Juli 1941.
XIX., Unter den Kaffanien 19.

- I - 605/41.

Tgb. Nr. B. d. S.

Bitte bei der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Stempel: Das Staatssekretärs
1. Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Datum: 15. JULI 1941
Tgb. Nr.

Dem

Büro des Herrn Staatssekretärs,
z.Hdn. v. ~~W~~-Obersturmbannführer Dr. G i e s ,
in P r a g .

Betrifft: Meldewesen für Reichsangehörige.

Anbei reiche ich den Vorgang samt Verordnungsblatt zurück. Ich verweise darauf, daß die grundsätzlichen Linien der Neuordnung des Meldewesens in Besprechungen mit dem Herrn Staatssekretär selbst festgelegt worden sind. Federführend ist der B.d.O.

Da in der Meldung bei der Protektoratsbehörde für Reichsangehörige alle Angaben über ein etwaiges Wehr- oder Arbeitsdienstverhältnis, über die Mitgliedschaft der NSDAP usw. in Wegfall kommen mußten, war eine Ergänzungsevidenz beim Oberlandrat erforderlich. Da diese Meldung nur über Aufforderung zu erfolgen hat, bedeutet sie keine wesentliche Belastung.

Über den Personenkreis, der von der Meldung bei der Protektoratsbehörde aufzunehmen war, fanden eingehende Erörterungen auch beim Herrn Staatssekretär statt. Es wurde schließlich festgelegt, daß nur die Wehrmachtsangehörigen während des Krieges von dieser Meldepflicht ausgenommen werden sollten, da andere Ausnahmen die Einheitlichkeit des Meldewesens zu sehr beeinträchtigen würden. Die seinerzeit erhobenen Einwände, daß die Protektoratsbehörden durch die Anmeldung der Angehörigen der Sicherheitspolizei irgendwelche nähere Kenntnisse über Stärke und Unterbringung erhalten könnten, wurden als nicht mehr stichhältig zurückgestellt.

St. S. IV J-26/41

4a

11.11.1918

Die Meldung erfolgt unter ganz allgemeiner Berufsangabe wie "Reichsbeamter " etc., so daß ein Rückschluß auf die dienstliche Einteilung kaum möglich ist. Im übrigen ermöglichen die Anmeldungen für den Fernsprechverkehr, für den Strom- und Gasbezug etc. ebenfalls die Erstellung von Evidenzen.

Hingegen halte ich die Gleichstellung der Angehörigen der Waffen $\frac{1}{2}$ mit den Wehrmichtsangehörigen für angezeigt.

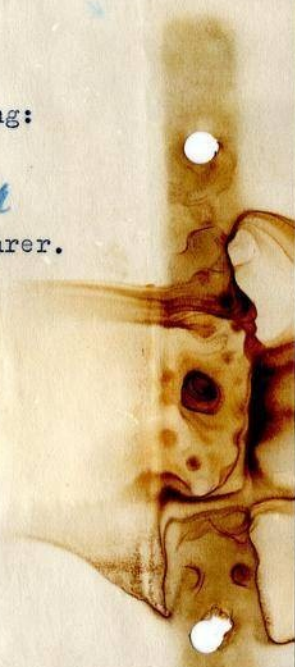
In Vertretung:

[Handwritten signature]

$\frac{1}{2}$ - Obersturmbannführer.



95121



5

B.d.S. 6066 4i

Prag, den 10. Juli 1941.

G.R. mit 1 Anlage

V I

605 8/41

W-Obersturmbannführer Böhme,
Prag,
=====

im Nachgang zu dem hies. Randschreiben vom 8.d.M. -
ohne Zeichen in der gleichen Angelegenheit zur Kennt-
nis nachgesandt.

Heil Hitler!

Verfasser der Eingangsnotiz
und des SB



16. 7. 41. W-Obersturmbannführer.

Büro des H. Staatssekretärs

nach Kenntnisnahme rückvorgelegt.

I.A.

Prümer

6
Prag, den 8. Juli 1941.

G.R. mit 1 Anlage

W-Obersturmbannführer Böhme,

Prag,
=====

unter Bezugnahme auf die auf der Seite 334 des Verordnungsblattes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren abgedruckte Verordnung auf dem Gebiet des Meldewesens zur Kenntnis übersandt.

Ich bitte um eine baldgefällige Stellungnahme, ob der Entwurf der Verordnung mit Ihnen abgestimmt worden ist. Die Verordnung selbst ist m.E. in dreifacher Hinsicht zu beanstanden: 1. Sie beschränkt nicht die Meldepflicht auf die Wohnsitznahme im Protektorat. 2. Sie unterwirft auch die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes RM der Meldepflicht. 3. Sie sieht nicht vor, daß die Angehörigen der Waffen-W wie die Wehrmachtangehörigen behandelt werden.

W-Gruppenführer Frank beabsichtigt, den § 2 der Verordnung auch auf die Angehörigen der Waffen-W auszudehnen. Erscheint es zweckmässig, die gleiche Regelung bezüglich derjenigen Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zu treffen, die sich im besonderen Einsatz befinden?


Heil Hitler!

gez. Gies,

W-Obersturmbannführer.

St. G. 177-26/41

A b s c h r i f t .

Prag, den 8. Juli 1941.

Prag, den 8. Juli 1941.

47

G.R. mit 1 Anlage

Des Reichsprotectors
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 4. AUG. 1941
Tgb. Nr.:

W-Obersturmbannführer Böhme,

P r a g ,

=====

unter Bezugnahme auf die auf der Seite 334 des Verordnungsblattes des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren abgedruckte Verordnung auf dem Gebiet des Meldewesens zur Kenntnis übersandt.

Ich bitte um eine baldgefällige Stellungnahme, ob der Entwurf der Verordnung mit Ihnen abgestimmt worden ist. Die Verordnung selbst ist m.E. in dreifacher Hinsicht zu beanstanden: 1. Sie beschränkt nicht die Meldepflicht auf die Wohnsitznahme im Protektorat. 2. Sie unterwirft auch die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes RF der Meldepflicht. 3. Sie sieht nicht vor, daß die Angehörigen der Waffen- wie die Wehrmachtangehörigen behandelt werden.

W-Gruppenführer Frank beabsichtigt, den § 2 der Verordnung auch auf die Angehörigen der Waffen- auszudehnen. Erscheint es zweckmässig, die gleiche Regelung bezüglich derjenigen Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zu treffen, die sich im besonderen Einsatz befinden?

Es zweckmässig, die gleiche Regelung bezüglich Angehörigen der Wehrmacht zu treffen.
Sie sich im besonderen Einsatz befinden?

Heil Hitler!

gez.: Dr. G i e s

W-Obersturmbannführer.

F.d.R.

Kanzleiangestellte.

St. S. 107.26/41

E n t w u r f !

W-Standortkommandantur
P r a g .

P r a g , den 7. Juli 1941.

G e h e i m !

Betr.: Meldewesen im Protektorat.

Bezug: Verordnung des Reichsprotectors vom 18.6.1941 im
Verordnungsblatt des Reichsprotectors Böhmen und
Mähren 1941, Nr.31 vom 25.6.41, Seite 334.

Mit Wirkung vom 1.7.41 tritt die Verordnung des Reichsprotectors vom 18.6.41 auf dem Gebiete des Meldewesens in Kraft. Meldebehörde ist die Protektoratsbehörde. Gemäss § 2 dieser Verordnung (Anlage) sind Wehrmatsangehörige für die Dauer des Krieges von dieser Meldepflicht befreit. Sinngemäss gilt dies auch für die Waffen-W. Es werden daher bei der W-St.O. Kdtr. Prag und bei den Dienststellen der W-St.O. Ältesten, Meldestellen eingerichtet, die die polizeiliche Meldestelle ersetzen,

A) Meldestellen:

Die polizeiliche Meldestelle der Waffen-W im Standorte Prag befindet sich bei der W-Standortkommandantur, Prag I, Nürnbergerstr.27, Zimmer 46. Als Leiter der Meldestelle bei der W-St.O. Kdtr. Prag ist der W-Oberscharführer Scharf eingesetzt.

Bei den anderen im Protektorat liegenden W-Unterkunfts-orten sind bei den Dienststellen der W-Standortältesten ebenfalls Meldestellen zu errichten. Die Leiter der Meldestellen sind der W-St.O. Kdtr. Prag zu melden. Merkblatt für die Aufgaben des Leiters der Meldestelle anliegend.

B) Meldepflicht:

a) Der Meldepflicht unterliegen:

- 1.) Führer, Unterführer und Männer, welche nicht kaserniert untergebracht sind, sondern in Privatunterkunft wohnen.
- 2.) Führer, Unterführer und Männer mit ihren in gemeinsamem Haushalt lebenden Familienangehörigen.
- 3.) Gefolgschaftsmitglieder, soweit sie gemäss § 35 des Wehrgesetzes während der Dauer des Krieges den Wehrgesetzen unterworfen sind und deren Familienangehörige, soweit sie mit ihnen in gemeinsamem Haushalte leben.

9

4.) Zivilbesucher bei W-Angehörigen, sofern sie in gerader Linie mit dem Betreffenden verwandt sind, unterliegen der Meldepflicht bei der W-St.O.Kdtr. bei einem längeren Aufenthalt als 6 Wochen. Alle übrigen Zivilbesucher in gleicher Frist haben sich jedoch bei der Protektoratspolizei an-bezw. abzumelden.

b) Ausgenommen von dieser Meldepflicht sind:

- 1.) Führer, Unterführer und Männer, sowie Gefolgschaftsmitglieder, die kaserniert oder in sonstigen geschlossenen W-Unterkünften kasernenmässig untergebracht sind.
- 2.) Durchmarschierende Truppenteile, die vorübergehend eine ihnen zugewiesene Unterkunft (auch privat) in Anspruch nehmen.
- 3.) Durchreisende einzelne W-Angehörige, für einen Aufenthalt von nicht mehr als 48 Stunden. (Die Eintragungspflicht in das Gästebuch der Hotels wird hiervon nicht berührt.)

c) Ausübung der Meldepflicht:

- a) Die Meldepflicht besteht in An- und Abmeldung. Alle neu hinzugezogenen meldepflichtigen W-Führer, Unterführer und Männer und ihre Haushaltsangehörigen haben die Meldepflicht binnen 48 Stunden zu erfüllen. Die Abmeldung hat vor der Abreise zu erfolgen.
- b) Für alle, schon vor dem 1.7.1941 in den dem W-Standortkommandanten Prag unterstellten W-Unterkunftsarten im Protektorat wohnenden W-Führer, Unterführer, Männer und Gefolgschaftsmitglieder, sowie deren Familienangehörige wird die Nachholung der Meldepflicht bis zum 20.7.1941 begrenzt.

Die Einheiten im Standort Prag werden ersucht, die Meldepflichtigen zu veranlassen, sich zwecks Anmeldung in der Zeit vom 15.7. bis 18.7.41 während der Dienststunden auf der Meldestelle der W-St.O.Kdtr. einzufinden bzw. schriftlich anzumelden.

In den anderen W-Unterkunftsarten veranlassen die W-St.O.Ältesten entsprechend in ihrem Befehlsbereich das Erforderliche.

D) Ausfüllung der Vordrucke:

- a) Jede An- und Abmeldung geschieht in 3facher gleicher Ausfertigung. Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren werden auf einem Vordruck gemeldet. Ältere Kinder auf eigenen Vordrucken. Ausweispapiere der im gemeinsamen Haushalte lebenden Familienangehörigen sind bei der Anmeldung mitzubringen.
- b) Die Eintragung soll in der Regel auf den Meldestellen erfolgen, sodass Auskünfte über die richtige Ausfüllung an Ort und Stelle gegeben werden können.
- c) Vordrucke sind von der St.O.Kdtr.Prag anzufordern.

Neu hinzugezogene St.-Führer, Unterführer und Männer sind bei ihrem Dienstantritt von ihrer Dienststelle ausdrücklich auf ihre Meldepflicht hinzuweisen.



13.10.1938

11

M e r k b l a t t

für den Leiter der Meldestelle !

- 1.) Folgende Bücher bezw. Vordrucke sind erforderlich:
 - a) 1 Übersichtsbuch als Register für die An- und Abmeldungen. Die Eintragungen sind fortlaufend vorzunehmen. Die laufende Nr. ist auf den Anmelde-Vordrucken rechts oben in rot einzutragen. Das Jahr ist ebenfalls mit anzugeben, z.B. 5/41.
 - b) An- und Abmeldevordrucke, die in genügender Anzahl vorhanden sein müssen.
- 2.) Die An- und Abmeldung geschieht in 3facher Ausfertigung. Verteilung der Vordrucke wie folgt:
 - 1 Ausfertigung behält der Meldende als Bestätigung der erfolgten An- bezw. Abmeldung (Rückseite "Belehrung"),
 - 1 Ausfertigung verbleibt bei der Meldestelle (Rückseite "Für die Behörde"),
 - 1 Ausfertigung erhält der zuständige Oberlandrat (Rückseite "Für die Behörde")
- 3.) Die Abmeldevordrucke enthalten keine bedruckte Rückseite, sind also völlig gleichartig.
- 4.) Die für den Oberlandrat bestimmten An- und Abmeldungen sind wöchentlich gesammelt unter "Geheim" abzusenden.
- 5.) Die bei der Meldestelle verbleibenden Ausfertigungen sind alphabetisch in einem Karteikasten einzuordnen.
- 6.) Das Übersichtsbuch und die An- und Abmeldungen sind unter Verschluss zu halten. 5

Lfd. Nr.	Tag der Anmeldung	Name, Vorname	Dienstgrad bezw. Familienstand	Dienst- stelle bezw. Truppent.	Weiter an OB. Landrat	Bemerkungen Ausweispapiere	Tag der Abmeldung	Wohin abgemel- det (Ort, Bez. Kreis, Strasse, Hausnummer.



Urd. zu Nr. 583/41 g. 1. c. / not

13

V e r o r d n u n g

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren auf dem
Gebiete des Meldewesens.
Vom 18. Juni 1941.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1039) wird verordnet:

§ 1

Alle deutschen Staatsangehörigen haben - unbeschadet ihrer Pflicht zur polizeilichen An-, Ab- und Ummeldung bei den autonomen Meldebehörden nach der Meldeordnung vom 30. April 1941^{x)} - dem zuständigen Oberlandrat auf besondere Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist die erforderlichen Angaben über ihre Person, ein etwaiges Wehr- und Arbeitsdienstverhältnis, die Mitgliedschaft zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden unter Benutzung des amtlich vorgeschriebenen Vordruckes zu machen und auf Anordnung des Oberlandrates persönlich zu erscheinen.

§ 2

Wehrmachtangehörige, sowie die mit ihnen in Haushaltsgemeinschaft wohnenden Familienangehörigen sind für die Dauer des Krieges von der allgemeinen polizeilichen Meldepflicht nach der Meldeordnung vom 30. April 1941^{x)} befreit. Sie unterliegen für die Zeit einer besonderen Meldepflicht bei den Standortkommandanturen bzw. den St. Ortältesten nach Massgabe der von dem Wehrmachtbevollmächtigten beim Reichsprotector zu erlassenen Bestimmungen.

§ 3

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die ihm nach § 1 obliegende besondere Meldepflicht nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt, wissentlich bei dieser Meldung Falsche oder unvollständige Angaben macht oder wissentlich beim Oberlandrat eine Scheinmeldung abgibt, wird mit Geldstrafe bis zu RM 150.--- oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1941 in Kraft.

Der Reichsprotector in Böhmen u. Mähren,
In Vertretung
K.H. Frank
Staatssekretär.

^{x)} Die Meldeordnung der autonomen Regierung wird gleichzeitig mit dieser VO. in der Slg. d. Ges. u. VO. veröffentlicht.

Prag, den 30.6.41.

14

Abt. Ic/pol. Nr. 583/41. geh.

Geheim!

Betr.: Meldewesen im Protektorat.

Bezug: Verordnung des Reichsprotektors v. 18.6.41.
und W.B. Ic/pol Nr. 182/40g v. 30.12.40.

Mit Wirkung vom 1.7.41 tritt die Verordnung des Reichsprotektors vom 18.6.41 auf dem Gebiete des Meldewesens in Kraft. Meldebehörde ist die Protektoratspolizei. Gemäss § 2 dieser Verordnung (Anlage) sind Wehrmachtangehörige für die Dauer des Krieges von dieser Meldepflicht befreit. Es werden bei den St.O. Kommandanturen bzw. den St.O. Ältesten Meldestellen eingerichtet, die die polizeilichen Meldestellen ersetzen.

A) Dieser Meldepflicht bei den St.O. Kommandanturen und St.O. Ältesten unterliegen:

- 1.) Soldaten und die mit ihnen in gemeinsamem Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- 2.) Wehrmachtbeamte und die mit ihnen in gemeinsamem Haushalt lebenden Familienangehörigen,
- 3.) Wehrmachtgefolgschaftsmitglieder, soweit sie gemäss § 35 des Wehrgesetzes während der Dauer des Krieges den Wehrgesetzen unterworfen sind, und deren Familienangehörige, soweit sie mit ihnen in gemeinsamem Haushalt leben.

B) Ausgenommen von jeder Meldepflicht sind:

- 1.) Soldaten,
 - 2.) Wehrmachtbeamte,
 - 3.) Wehrmachtgefolgschaftsmitglieder
- } die kaserniert oder in sonstigen geschlossenen Wehrmachtunterkünften kasernmässig untergebracht sind, wie z.B. in Schulen.
- 4.) durchmarschierende Truppenteile, die vorübergehend eine ihnen zugewiesene Unterkunft (auch Privatquartiere) in Anspruch nehmen,
 - 5.) durchreisende einzelne Wehrmachtangehörige, für einen Aufenthalt von nicht mehr als 48 Stunden. (Die Eintragungspflicht in das Gästebuch des Hotels wird davon nicht berührt, wobei jedoch Dienstrang und Dienststelle bzw. Truppenteil nicht eingetragen werden dürfen), (es ist also unter Beruf einzutragen: "Wehrmachtangehöriger".)

14a/

C. Einrichtung der Meldestellen.

Die St.O.Kommandanturen bzw. St.O.Ältesten haben Meldestellen einzurichten (vergl. Verfg. 182/40 geh. v. 30.12.40, W.B. Abt. Ic/pol). Grössere Standorte mit stärkerer militärischer Belegung haben für diese Meldestellen einen eigenen Raum einzurichten, in dem u.U. auch die Quartieranweisung und Lebensmittelkartenausgabe untergebracht werden können. Der Raum muss für Fremde leicht zu finden und für den Parteienverkehr geeignet sein.

Die Meldeformulare sind im Handel käuflich und müssen in genügender Zahl vorrätig sein. Einstweilen handelt es sich um die gleichen Formulare, welche ab 1.7.41 auch für die allgemeine Anmeldung bei der Protektoratspolizei gebraucht werden. Ab 16.7.41 sind eigene Meldeformulare bei der Druckerei des Wehrmachtbevollmächtigten, Prag XIX, Platz der Wehrmacht 5, anzufordern. Bei den vorläufigen (erstgenannten) Formularen ist in der Rubrik 23 und 24 des Anmelde-, bzw. 14 und 15 des Abmelde-Formulares statt der "Unterschrift" nur der "Name" des Wohnungs-, bzw. Hauseigentümers einzusetzen.

Zum Leiter der Meldestelle ist ein Offizier zu ernennen, der die Angelegenheit in der Regel im Nebenamt wird führen können. Bei den Meldestellen muss ein Übersichtsbuch als Register für die An- und Abmeldungen geführt werden. Dieses Buch ist nach anliegendem Muster einzurichten. Das Übersichtsbuch und die An- und Abmeldungen sind unter Verschluss zu halten.

D. Ausübung der Meldepflicht.

95117 Die Meldepflicht besteht in An- und Abmeldung.

Alle neu hinzugezogenen meldepflichtigen Wehrmachtangehörigen usw. und ihre Haushaltsangehörigen haben die Meldepflicht binnen 48 Stunden zu erfüllen. Die Abmeldung hat vor der Abreise zu erfolgen. Die neuhinzugezogenen Wehrmachtangehörigen ^{usw.} sind bei ihrem Dienstantritt von ihrer Dienststelle bzw. ihrem Truppenteil ausdrücklich auf ihre Meldepflicht hinzuweisen.

Für alle schon vor dem 1.7.1941 im Protektorat wohnenden Wehrmachtangehörigen, -beamten und -gefolgschaftsmitglieder, sowie deren Familienangehörigen wird die Nachholung der Meldepflicht bis zum 20.7.41 begrenzt. Zur Vereinfachung haben die St.O.Kommandanturen bzw. St.O.Ältesten die Wehrmachtdienststellen ihres Standortes aufzufordern, die Anmeldungen zu sammeln

15

und geschlossen einzureichen.

E. Ausfüllung der Formulare.

Jeder Meldepflichtige Wehrmachtangehörige hat für sich und als Haushaltsvorstand auch für seine Familienangehörigen die Formulare auszufüllen. Ehefrau und Kinder unter 15 Jahren werden auf einem Formular gemeldet, ältere Kinder auf eigenen Formularen.

Jede An- und Abmeldung geschieht in 3-facher gleicher Ausfertigung, d.h. jeder Meldepflichtige hat drei Formulare auszufüllen. Die Eintragung soll in der Regel auf den Meldestellen erfolgen, sodass Auskünfte über die richtige Ausfüllung an Ort und Stelle gegeben werden können. Hierbei sind die Ausweispapiere des Wehrmachtangehörigen und seiner mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familiengehörigen einzusehen. Ebenso ist bei der Abmeldung zu verfahren. Die vorausgesetzten Kosten für die Formulare sind von den Wehrmachtangehörigen einzuziehen.

Verteilung der ausgefüllten Formulare.

1 Exemplar behält der Meldende als Bestätigung der erfolgten An- bzw. Abmeldung (Rückseite "Belchrung"),

1 Exemplar verbleibt bei der Meldestelle (Rückseite "Für die Behörde"),

1 Exemplar erhält der zuständige Oberlandrat (Rückseite "Für die Behörde").

Die Abmeldeformulare enthalten keine bedruckte Rückseite, sind also völlig gleichartig.

Die für den Oberlandrat bestimmten An- und Abmeldungen sind wöchentlich gesammelt unter "Geheim" abzusenden.

F. Wehrmachturlauber.

Auf Urlaub im Protektorat vorübergehend anwesende Wehrmachtangehörige haben ihrer Meldepflicht gemäss den bisherigen Urlauberbestimmungen (innerhalb 23 Stunden) zu genügen. Hierfür sind jedoch keine Meldeformulare zu verwenden. Ebenso erübrigt sich die Weitergabe an den Oberlandrat.

G. Zivile Besucher bei Wehrmachtangehörigen,

sofern sie mit ihnen in gerader Linie verwandt sind, unterliegen der Meldepflicht bei der militärischen Dienststelle erst bei einem längeren Aufenthalt als 6 Wochen.

*Freiwillige
zuständig
gestaltet*

15a

Alle übrigen zivilen Besucher in gleicher Frist haben sich jedoch bei der Protektoratspolizei an-, bzw. abzumelden. *fr*

2 Anlagen.

Der Wehrmachtbevollmächtigte beim Reichsprotector in Böhmen u. Mähren *fr*

Verteiler:
Hausverteiler
Verteiler "A"
Reserve 200 Stück.

Frerici,
General d. Inf.



95116

16a

S.A.S. IVy 27 - 41



95115

17

Meldung über Wehr- und Arbeitsdienstverhältnis usw. an den Oberlandrat

Sofort in deutlicher Schrift ausfüllen und in doppelter Ausführung an den Oberlandrat binnen 8 Tagen zurücksenden

Für Oberlandrat und Wehrbezirkskommando

1. Name: Vornamen:
Rufnamen unterstreichen
2. Geburtstag, -monat, -jahr: zu: Kreis: Ger.-Bez.:
Geburtsort
3. Staatsangehörigkeit: 4. Erlerner Beruf:
5. Beschäftigt bei: als:
6. Bisherig. Wohnort: Kreis: Ger.-Bezirk: Straße: Nr.:
7. Neuer Wohnort: Kreis: Ger.-Bezirk: Straße: Nr.:
8. Noch nicht gemustert:* in als Freiwilliger*)
Gemustert am:* Dienstpflichtiger*)
9. Wehrnummer: Wehrpaß Seite 1 oben 10. Bish. zuständ. Wehrbezirkskdo.
11. Wehrdienstverhältnis: Wehrpaß Seite 5, Spalte 14 12. Arbeitsdienstverhältnis: Wehrpaß Seite 6, Spalte 16
13. Haben Sie in der österr.*) Wehrmacht gedient? - ja -*)
 tschechoslow. - nein -*)
14. Welchen militärischen Dienstgrad haben Sie erreicht?
15. Arbeitsbuch Nr.: Berufsgruppe: Berufsart:

....., den 194.....

.....
Unterschrift

..... hier abzutrennen

Für Parteidienststelle

1. Name: Vornamen:
Rufnamen unterstreichen
2. Geburtstag, -monat, -jahr: zu: Kreis: Ger.-Bezirk:
Geburtsort
3. Staatsangehörigkeit: 4. Beruf:
5. Bisher. Wohnort: Kreis: Ger.-Bezirk: Straße: Nr.:
6. Neuer Wohnort: Kreis: Ger.-Bezirk: Straße: Nr.:
7. Mitglied der NSDAP: Nr.:
- Ortsgruppe des bisherigen Wohnortes: Kreisleitung:
- Angehöriger der Gliederungen (SA, ~~SS~~, NSKK, NSFK, HJ, NStB, usw.)
- Dienstgrad:
- Mitglied der angeschl. Verbände (NSV, Deutsche Arbeitsfront, NS-Kriegsopferversorgung, Reichsbund deutscher Beamten e. V., Reichskolonialbund usw.):

....., den 194.....

.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes durchstreichen

109-4-1070

17a

109-4-1070/28-29



95114

Das Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren erscheint nach Bedarf. — Jahres- und Einzelbezug durch die Böhmisch-mährische Verlags- und Druckerei-G. m. b. H. in Prag II, Herrngasse 8, Fernruf 2414/48. Jahresbezug 120 K (RM. 12.—) unter Vorbehalt eines Zuschlages für umfangreichere Nummern. — Preis der Einzelnummer 25 Heller pro Seite. Mindestpreis 1 K (RM. 0,10). — Herausgegeben vom Reichsprotector in Böhmen und Mähren. Druck und Verlag: Böhmisch-mährische Verlags- und Druckerei-G. m. b. H., Prag II, Herrngasse 8. — Kontrollpostamt 25.

Verordnungsblatt

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

Věstník nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě

1941

Ausgegeben in Prag, den 25. Juni
Vydáno v Praze dne 25. června

Nr. 31
Čís.

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
29. 4. 1941.	Bekanntmachung über die deutsch-ungarische Vereinbarung über gewisse Grundbesitzfragen in den an Ungarn rückgegliederten Gebieten der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik Vyhláška o německo-uharské úmluvě o určitých otázkách pozemkové držby na územích bývalé Československé republiky zpět přičleněných k Uhrám	310
12. 5. 1941.	Bekanntmachung über den deutsch-slowakischen Auslieferungsvertrag Vyhláška o německo-slovenské smlouvě o vydávání	314
21. 5. 1941.	Bekanntmachung über den Zusatzvertrag zu dem am 27. Dezember 1939 abgeschlossenen deutsch-slowakischen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten Vyhláška o dodatkové smlouvě k německo-slovenské smlouvě o úpravě státní příslušnosti národních příslušníků obou států uzavřené dne 27. prosince 1939	329
30. 5. 1941.	Verordnung über Hilfsausbilder im Reichsarbeitsdienst Nařízení o pomocných vzdělavatelích v říšské pracovní službě	332
10. 6. 1941.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Zuständigkeit bei außergerichtlichen Strafsachen im Protektorat Böhmen und Mähren gegen Angehörige der <i>SS</i> und der Deutschen Polizei, die der Gerichtsbarkeit der <i>SS</i> und Polizeigerichte unterstehen Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o příslušnosti při mimosoudních trestních věcech v protektorátu Čechy a Morava proti příslušníkům <i>SS</i> a Německé policie podléhajícím soudnictví <i>SS</i> a policejních soudů	332
12. 6. 1941.	Bekanntmachung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren betreffs Unterstellung einiger Stadtgemeinden unter die deutsche Gerichtsbarkeit Vyhláška říšského protektora v Čechách a na Moravě týkající se podřízení některých městských obcí německému soudnictví	333
18. 6. 1941.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren auf dem Gebiete des Meldewesens Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě v oboru hlášení se	334

Der Zusatzvertrag ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 14. Mai 1941 in Preßburg stattgefunden. Der Zusatzvertrag ist gemäß seinem Artikel 5 Satz 2 mit dem gleichen Tage in Kraft getreten.^{*)}

Berlin, den 21. Mai 1941.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker.

* * *

Zusatzvertrag

zu dem am 27. Dezember 1939 in Preßburg abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkzugehörigen beider Staaten.

Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik sind übereingekommen, den von ihnen am 27. Dezember 1939 in Preßburg abgeschlossenen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkzugehörigen beider Staaten durch einen Zusatzvertrag zu ergänzen und haben hierzu zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler

den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Herrn Dr. Adolf Siedler

und

den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Herrn Dr. Hans Globke.

Der Präsident

der Slowakischen Republik

den bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten Herrn Matuš Černák,

den Chef der rechtlich-administrativen Sektion im Ministerium des Äußeren Herrn Dr. Viktor Bečka

und

den Obersektionsrat im Innenministerium Herrn Dr. Konstantin Długopolský,

die nach Prüfung ihrer Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die im Artikel 2 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 bezeichneten slowakischen Volkzugehörigen, die bis zum 14. März 1939 tschechoslowakische Staatsangehörige waren und innerhalb der im Artikel 3 Abs. 1 des bezeichneten Vertrags vorgesehenen Frist die deutsche Staatsangehörigkeit nicht geltend gemacht haben, erwerben am

Dodatková smlouva byla ratifikována. Výměna ratifikačních listin stala se dne 14. května 1941 v Bratislavě. Dodatková smlouva nabyla podle svého článku 5, věta 2, platnosti stejného dne.^{*)}

V Berlíně, dne 21. května 1941.

Ríšský ministr zahraničí

V zastoupení

Svobodný pán von Weizsäcker.

* * *

Dodatková smlouva

ke smlouvě uzavřené dne 27. prosince 1939 v Bratislavě mezi Německou říší a Slovenskou republikou o úpravě státní příslušnosti národnostních příslušníků obou států.

Německá říše a Slovenská republika se shodly, že doplní smlouvu uzavřenou jimi dne 27. prosince 1939 v Bratislavě o úpravě příslušnosti národnostních příslušníků obou států dodatkovou smlouvou a jmenovaly k tomu cíli plnomocníky:

Německý říšský kancléř

predloživšího legaciho radu v zahraničním úřadě pana Dr. Adolfa Siedlera

a

ministrského radu v říšském ministerstvu vnitra pana Dr. Hansa Globke-ho.

Prezident Slovenské republiky

plnomocněného ministra a mimofádně vyslanec pana Matuše Černáka,

šefa administrativně-právního odboru v ministerstvu zahraničních věcí pana Dr. Viktora Bečka

a

vrcholného sekčního radu v ministerstvu vnitra pana Dr. Konstantína Długopolského,

kteří po přezkoušení svých plných mocí ujednali toto:

Článek 1.

Ve článku 2. smlouvy ze dne 27. prosince 1939 označení slovenští národní příslušníci, kteří byli až do 14. března 1939 československými státními příslušníky a neuplatnili během lhůty předvídané ve článku 3. odst. 1. označení smlouvy německé státní příslušnosti, nabývají dnem nabytí platnosti této dodatkové smlouvy bez dalšího opět slovenskou

^{*)} Siehe Anmerkung auf Seite 314.

^{*)} Viz poznámku na straně 314.

Tage des Inkrafttretens dieses Zusatzvertrags ohne weiteres wieder die slowakische Staatsangehörigkeit, sofern sie diese nach der innerstaatlichen slowakischen Gesetzgebung mit Wirkung vom 14. März 1939 erworben hatten.

Für die Ehefrau und die unter 18 Jahre alten Kinder dieser Personen gilt Artikel 6 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 entsprechend.

Artikel 2

Die im Artikel 2 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 bezeichneten slowakischen Volkszugehörigen können, soweit sie am 14. März 1939 staatenlos waren, die deutsche Staatsangehörigkeit noch während eines Zeitraums von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags gemäß Artikel 3 Abs. 1 des erstbezeichneten Vertrags geltend machen.

Artikel 3

Die im Artikel 3 Abs. 1 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 vorgesehene Frist zur Geltendmachung der slowakischen Staatsangehörigkeit endigt für deutsche Volkszugehörige erst 6 Monate nach Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags.

Artikel 4

Die beiden Staaten werden einander bis zum 31. Dezember 1941 ein Verzeichnis der Personen übermitteln, die die Staatsangehörigkeit des mitteilenden Staates auf Grund des Vertrags vom 27. Dezember 1939 oder dieses Zusatzvertrags rechtswirksam geltend gemacht haben, sowie der Personen, auf die sich der Erwerb der Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 6 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 oder Artikel 1 Abs. 2 dieses Zusatzvertrags erstreckt. In dem Verzeichnis sind die beteiligten Personen mit Vor- und Zunamen, Geburtsort und -tag sowie Wohnort (mit näherer Anschrift) aufzuführen.

Artikel 5

Dieser Zusatzvertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Preßburg ausgetauscht werden. Der Zusatzvertrag tritt mit dem Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in slowakischer Sprache.

Berlin, am 14. Januar 1941.

Dr. Adolf Siedler.

Dr. Hans Globke.

Matúš Černák.

Viktor Bečka.

Dr. Konstantin Dlugopolsky.

stättigkeitsangehörigkeit, wenn diese nach der innerstaatlichen slowakischen Gesetzgebung mit Wirkung vom 14. März 1939 erworben hatten.

Pro manželku a do 18 let staré dítky těchto osob platí příměřeně článek 6 smlouvy ze dne 27. prosince 1939.

Článek 2

Ve článku 2 smlouvy ze dne 27. prosince 1939 označení slovenští státní příslušníci mohou, pokud byli dne 14. března 1939 bez státní příslušnosti, uplatnit německou státní příslušnost podle článku 3, odst. 1, vpředtí označené smlouvy ještě během časového období 6 měsíců po nabytí platnosti této dodatkové smlouvy.

Článek 3

Ve článku 3, odst. 1, smlouvy ze dne 27. prosince 1939 určená lhůta k uplatnění slovenské státní příslušnosti končí pro německé národní příslušníky teprve 6 měsíců po nabytí platnosti této dodatkové smlouvy.

Článek 4

Oba státy zaslou si vzájemně do dne 31. prosince 1941 seznam osob, které pravoplatně uplatnily státní příslušnost sdělujícího státu na základě smlouvy ze dne 27. prosince 1939 nebo této dodatkové smlouvy, jakož i osob, na které se vztahuje nabytí státní příslušnosti podle článku 6 smlouvy ze dne 27. prosince 1939 nebo článku 1, odst. 2, této dodatkové smlouvy. V seznamu bude též uváděna osoba uvedenou jménem a příjmením, dnem a místem narození, jakož i bydlištěm (s bližší adresou).

Článek 5

Tato dodatková smlouva má být ratifikována. Ratifikační listiny mají se vyměnit v Bratislavě. Dodatková smlouva vstoupí v platnost dnem výměny ratifikačních listin.

Vyhotoveno ve dvou příjapcích v německém a slovenském jazyku.

V Berlíně dne 14. ledna 1941.

H. P. M. 18

Verordnungsblatt

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren

Věstník nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě

1941	Ausgegeben in Prag, den 25. Juni Vydáno v Praze dne 25. června	Nr. 31 Čís.
------	---	----------------

Tag den	Inhalt / Obsah	Seite strana
29. 4. 1941.	Bekanntmachung über die deutsch-ungarische Vereinbarung über gewisse Grundbesitzfragen in den an Ungarn rückgegliederten Gebieten der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik	310
	Vyhláška o německo-maďarské úmluvě o určitých otázkách pozemkové držby na územích bývalé Československé republiky zpět přičleněných k Uhrám	310
12. 5. 1941.	Bekanntmachung über den deutsch-slowakischen Auslieferungsvertrag	314
	Vyhláška o německo-slovenské smlouvě o vydávání	314
21. 5. 1941.	Bekanntmachung über den Zusatzvertrag zu dem am 27. Dezember 1939 abgeschlossenen deutsch-slowakischen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten	329
	Vyhláška o dodatkové smlouvě k německo-slovenské smlouvě o úpravě státní příslušnosti národních příslušníků obou států uzavřené dne 27. prosince 1939	329
30. 5. 1941.	Verordnung über Hilfsausbilder im Reichsarbeitsdienst	332
	Nařízení o pomocných vzdělavatelích v říšské pracovní službě	332
10. 6. 1941.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Zuständigkeit bei außergerichtlichen Strafsachen im Protektorat Böhmen und Mähren gegen Angehörige der H und der Deutschen Polizei, die der Gerichtsbarkeit der H und Polizeigerichte unterstehen	332
	Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě o příslušnosti při mimosoudních trestních věcech v protektorátu Čechy a Morava proti příslušníkům H a Německé policie podléhajícím soudnictví H a policejním soudů	332
12. 6. 1941.	Bekanntmachung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren betreffs Unterstellung einiger Stadtgemeinden unter die deutsche Gerichtsbarkeit	333
	Vyhláška říšského protektora v Čechách a na Moravě týkající se podřízení některých městských obcí německému soudnictví	333
18. 6. 1941.	Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren auf dem Gebiete des Meldewesens	334
	Nařízení říšského protektora v Čechách a na Moravě v oboru hlášení se	334

95113

Bekanntmachung

über die deutsch-ungarische Vereinbarung über gewisse Grundbesitzfragen in den an Ungarn rückgegliederten Gebieten der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik.

Vom 29. April 1941.

(RGBl. II, S. 102, ausgeg. am 6. V. 1941).

Am 16. Oktober 1940 ist in Budapest von Vertretern des Deutschen Reichs und des Königreichs Ungarn eine Vereinbarung über gewisse Grundbesitzfragen in den an Ungarn rückgegliederten Gebieten der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik unterzeichnet worden.

Die Vereinbarung ist ratifiziert worden. Der in ihrem Artikel VIII vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 29. März 1941 in Berlin stattgefunden. Die Vereinbarung ist am 13. April 1941 in Kraft getreten.

Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.*)

Berlin, den 29. April 1941.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker.

* * *

Vereinbarung

zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über gewisse Grundbesitzfragen in den an Ungarn rückgegliederten Gebieten der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik.

Artikel I

Ziffer 1. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung finden Anwendung auf deutsche und tschechische Volkszugehörige, die die ehemalige tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft besaßen und in den an das Königreich Ungarn rückgegliederten Gebieten auf Grund der tschecho-slowakischen Bodenreformgesetzgebung Grundstücke und damit zusammenhängende Vermögensrechte erworben haben, nicht ungarische Staatsangehörige geworden und aus diesen Gebieten abgewandert sind oder abzuwandern beabsichtigen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie in den obengenannten Gebieten noch wohnen oder sie bereits verlassen haben.

*) Die Vereinbarung wurde im Originaltext in deutscher und ungarischer Sprache abgefaßt und so im Reichsgesetzblatt II verlautbart. Der hier beigefügte tschechische Wortlaut ist als Übersetzung der deutschen Fassung anzusehen.

Vyhláška

o německo-maďarské úmluvě o určitých otázkách pozemkové držby na územích bývalé Československé republiky zpět přičleněných k Uhrám.

Ze dne 29. dubna 1941.

(Říšský zák. II., str. 102., vyd. dne 6. V. 1941.).

Dne 16. října 1940 byla v Budapešti zástupci Německé říše a království Uherského podepsána úmluva o určitých otázkách pozemkové držby na územích bývalé Československé republiky nazpět přičleněných k Uhrám.

Dohoda byla ratifikována. V jejím VIII. článku předvídaná výměna ratifikačních listin stala se dne 29. března 1941 v Berlíně. Dohoda nabyla platnosti dne 13. dubna 1941.

Dohoda se v následujícím uvěřejňuje.*)

V Berlíně dne 29. dubna 1941.

Říšský ministr zahraničí

V zastoupení

Svobodný pán von Weizsäcker.

* * *

Úmluva

mezi Německou říší a královstvím Uherským o určitých otázkách pozemkové držby na územích bývalé Československé republiky zpět přičleněných k Uhrám.

Článek I.

Číslo 1. Ustanovení této dohody se použije na německé a české národní příslušníky, kteří měli bývalé československé státní občanství a na územích zpět přičleněných ke království Uherskému na základě československého zákonodárství o pozemkové reformě nabyli pozemků a s tím souvisejících majetkových práv, nestali se uherskými státními příslušníky a z těchto území se vystěhovali nebo vystěhovati se zamýšlejí, a to bez ohledu na to, zda ve shora jmenovaných územích ještě bydlí nebo je již opustili.

*) Úmluva byla sepsána v původním textu v německém a maďarském jazyku a takto vyhlášena v říšském zákoníku II. Zde připojený český text jest považovati za překlad německého znění.

19

Ziffer 2. Diese Bestimmungen gelten sinngemäß für alle Personen- und Kapitalvereinigungen, die in den an das Königreich Ungarn rückgegliederten Gebieten Grundstücke und damit zusammenhängende Vermögensrechte der im vorstehenden Absatz bezeichneten Art erworben und ihren Sitz auf dem Gebiet des Deutschen Reichs, einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren haben. Das gleiche gilt von Personen- und Kapitalvereinigungen, die ihren Sitz in den an das Königreich Ungarn rückgegliederten Gebieten haben und deren Mitglieder ausschließlich unter die Bestimmungen der Ziffer 1 fallende Personen sind.

Über die Behandlung etwaiger anderer Personen- und Kapitalvereinigungen, an denen unter die Bestimmungen der Ziffer 1 fallende Personen beteiligt sind, werden die vertragschließenden Teile nötigenfalls Sonderabmachungen treffen.

Ziffer 3. Slowakische Staatsangehörige gelten nicht als deutsche oder tschechische Volkszugehörige im Sinne dieser Vereinbarung. Das gleiche gilt für Personen- und Kapitalvereinigungen, die ihren Sitz in der Slowakischen Republik haben.

Artikel II

Bis zum Zeitpunkt der Übersiedlung oder Liquidierung der Vermögensrechte der in Artikel I erwähnten Personen (weiterhin Siedler genannt) sichert ihnen die Königlich Ungarische Regierung ihre eigene persönliche Sicherheit, die ihrer Bevollmächtigten und Hilfspersonen sowie die Sicherheit ihres Vermögens zu.

Artikel III

Auf das bewegliche Eigentum der Siedler finden die Vorschriften der Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Ungarn über die Behandlung von Abwanderern und ihres Eigentums vom 29. Mai 1940 und des dazugehörigen Zusatzprotokolls sowie die nachstehenden Bestimmungen Anwendung:

Ziffer 1. Die Königlich Ungarische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die gesamten zurückgelassenen Wirtschaftseinrichtungen und Vorräte der einer Zwangsverwaltung unterworfenen landwirtschaftlichen Betriebe der in Artikel V Ziffer 4 der vorgenannten Vereinbarung vorgesehenen Kommission ausgefolgt werden, auch wenn Wirtschaftseinrichtungen und Vorräte dritten Personen zur zeitweiligen Nutznießung übergeben wurden.

Sie wird das gleiche veranlassen bezüglich des am 10. November 1938 vorhandenen Bargeldes und der aus der Zwangsverwaltung herrührenden Erlöse.

Diese Beträge werden auf das im Zusatzprotokoll zu der vorerwähnten Vereinbarung vorgesehene Konto eingezahlt.

Ziffer 2. Insofern Einnahmen hinterlegt sind, werden sie für die Eigentümer freigegeben. Ebenso werden Bankguthaben, Spareinlagen, Forderungen u. dgl. entsprechend den Bestimmungen

Číslo 2. Tato ustanovení platí obdobně pro všechna sdružení osob a kapitálu, která nabyta na územích zpět přičleněných ke království Uherskému pozemků a s tím souvisejících majetkových práv v předcházejícím odstavci označeného druhu a mají své sídlo na území Německé říše, včetně protektorátu Čechy a Morava. Stejně platí o sdruženích osob a kapitálu majících své sídlo na územích zpět přičleněných ke království Uherskému, jejichž členy jsou výhradně osoby spadající pod ustanovení číslíce 1.

O nakládání s případnými jinými sdruženími osob a kapitálu, na nichž jsou zúčastněny osoby spadající pod ustanovení čísla 1, učiní smlouvu uzavírající strany v případě nutnosti zvláštní ujednání.

Číslo 3. Slovenští státní příslušníci neplatí za německé nebo české národní příslušníky ve smyslu této dohody. Stejně platí pro sdružení osob a kapitálu mající své sídlo ve Slovenské republice.

Článek II.

Až do doby přesídlení nebo likvidace majetkových práv ve článku I zmíněných osob (nadále osadníci jmenovaných) zajišťuje jim královská Uherská vláda jejich vlastní osobní bezpečnost, tutěž jejich zmocněnců a osob pomocných, jakož i bezpečnost jejich majetku.

Článek III.

Na movitý majetek osadníků použije se předpisů dohody mezi Německou říší a královstvím Uherským o zacházení s odstěhovanými a jejich majetkem ze dne 29. května 1940 a k tomu patřícího dodatkového protokolu jakož i dále uvedených ustanovení:

Číslo 1. Královská maďarská vláda postará se o to, aby byla vydána veškerá zůstavená hospodářská zařízení a zásoby zemědělských závodů podrobených nucené správě, komisi předvídané ve článku V., číslo 4. svrhu jmenované dohody, i když hospodářská zařízení a zásoby byly předány třetím osobám k dočasnému používání.

Stejně zařídí v příčině hotových peněz, které byly po ruce dne 10. listopadu 1938, a výtěžků poházejících ze nucené správy.

Tyto částky se vplátí na konto předvídané v dodatečném protokolu k dohodě vpředu zmíněné.

Číslo 2. Pokud příjmy jsou uloženy, uvolní se vlastníkům. Rovněž tak budou uvolněny bankovní pohledávky, spořitelní vklady, pohledávky a podobné souhlasně s ustanoveními německo-maďar-

des deutsch-ungarischen Abkommens über die Regelung von Schuldverhältnissen aus der Zeit vor der Rückgliederung der oberungarischen Gebiete an das Königreich Ungarn vom 21. Mai 1940 freigegeben.

Ziffer 3. Unter den Begriff der auszuführenden Gegenstände fallen auch Naturalleistungen, wie z. B. Zucker, Trockenschnitzel, Melasse, Holz u. dgl., die der übersiedelnden Partei von land- und forstwirtschaftlichen Industrieunternehmungen für gelieferte Rohstoffe gewährt wurden, auch wenn sie sich noch in dem betreffenden Unternehmen (Zuckerfabrik, Brennerei, Mühle, Sägewerk u. dgl.) befinden.

Die Siedler haben das Recht, bei der in Ziffer 1 erwähnten Kommission zu beantragen, an Stelle zurückgelassenen toten und lebenden Inventars und der Vorräte, die sie nicht mehr vorfinden, Ersatzstücke in Ungarn käuflich zu erwerben und als Umzugsgut unter den in der Vereinbarung vorgesehenen Vergünstigungen in ihren Heimatstaat auszuführen.

Die Kommission hat die Anträge nach Recht und Billigkeit zu prüfen und über ihre Durchführung zu entscheiden. Sie entscheidet gleichfalls in Zweifelsfällen, die sich aus der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen ergeben. Die Vorschriften des Zusatzprotokolls zu Artikel I Ziffer 2 Punkt d) und e) der im Eingang dieses Artikels erwähnten Vereinbarung vom 29. Mai 1940 finden Anwendung.

Artikel IV

Pachtverträge, an denen Siedler als Pächter beteiligt waren, gelten mit dem Tage, an dem der Siedler das Gebiet des Königreichs Ungarn verlassen hat, als erloschen, falls die Abwanderung des Siedlers spätestens bis zum 30. September 1939 erfolgt ist. Sollte die Abwanderung nach diesem Zeitpunkt erfolgt sein, so gelten für das Erlöschen des Pachtvertrages die ungarischen Rechtsnormen.

Artikel V

Ziffer 1. Grundstücke der Siedler, die nicht unter die Bestimmungen der ungarischen Regierungsverordnung Zahl 2550/1939 M. E. fallen, werden auf Ansuchen des Eigentümers nach Ablauf von zwei Jahren vom Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an gerechnet vom ungarischen Staat übernommen, falls der Siedler der mehrerwähnten Kommission gegenüber nachweist, seine Vermögensrechte persönlich oder durch einen Vertreter nicht ausüben zu können oder daß er innerhalb der obenerwähnten Frist nicht in der Lage war, dieselben zu verpachten oder aus freier Hand zu veräußern.

Ziffer 2. Für die übernommenen Vermögensrechte wird der ortsübliche Verkehrspreis vergütet. Die Festsetzung und die Zahlungsweise dieses Preises richten sich nach den Bestimmungen

ské dohody o úpravě dlužních poměrů z doby před zpětným přičleněním hornouherských území ke království Uherskému ze dne 21. května 1940.

Číslo 3. Pod pojem předmětů, které jest vyvážeti, spadají též dávky v naturáliích, jako na př. cukr, sušené řízky, melasa, dříví a pod., poskytnuté přesídlicí straně průmyslovými podniky zemědělského a lesního hospodářství za dodané suroviny, i když se ještě nalézají v příslušném podniku (cukrovaru, lihovaru, mlýně, pile a pod.).

Osadníci mají právo, navrhnouti u komise zmíněné v čísle 1., na místo zanechaného mrtvého a živého inventáře a zásob, kterých více nenajdou, koupí nabytí v Uhrách náhradních kusů a vyvážeti je jako stěhované zboží do svého domácího státu za výhod předvídaných v dohodě.

Komise jest povinna návrhy podle práva a spravedlnosti zkoušeti a rozhodnouti o jejich provedení. Rovněž rozhoduje v pochybných případech, povstávajících z provádění vpředu uvedených ustanovení. Použije se předpisů dodatečného protokolu ke článku I, číslo 2., body d) a e) na počátku tohoto článku zmíněné dohody ze dne 29. května 1940.

Článek IV.

Pachtovní smlouvy, na nichž byli osadníci účastni jako nájemci, platí za zaniklé tím dnem, kterého osadník opustil území království Uherského, bylo-li odstěhování osadníkovo uskutečněno nejpozději až do 30. září 1939. Uskutečnilo-li se odstěhování po tomto okamžiku, pak platí pro zaniknutí nájemní smlouvy uherské právní normy.

Článek V.

Číslo 1. Pozemky osadníků nespádající pod ustanovení uherského vládního nařízení číslo 2550/1939 M. E., budou převzata na žádost vlastníkovu po uplynutí dvou let počítaje ode dne nabytí platnosti této dohody uherským státem, prokáže-li osadník komisi několikrátě zmíněné, že nemůže svých majetkových práv vykonávati osobně nebo zástupcem, nebo že mu do výše zmíněné lhůty nebylo možno tatáž propachtovati nebo z volné ruky zečiti.

Číslo 2. Za převzatá majetková práva zapraví se v místě obvyklá tržní cena. Stanovení a způsob výplaty této ceny řídí se ustanoveními uherského zákonného článku IV. z 1940. Poukázání jednotli-

20

des ungarischen Gesetzartikels IV von 1940. Die Überweisung der einzelnen Beträge erfolgt nach Maßgabe der für die Zahlungen zwischen dem Deutschen Reich, einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren, und dem Königreich Ungarn getroffenen Vereinbarung.

Ziffer 3. Die Kommission wird die Siedler bei der Verpachtung oder dem Verkauf ihrer in Ziffer 1 vorgesehenen Grundstücke nach Möglichkeit unterstützen; sie kann auch Pacht- und Kaufverträge vermitteln.

Artikel VI

Ziffer 1. Die Entschädigung der Siedler erfolgt nach Maßgabe eines zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Ungarischen Regierung vereinbarten Betrages, über dessen Höhe und Zahlungsweise zwischen den vertragschließenden Teilen Einverständnis besteht.

Ziffer 2. Dieser Betrag ist an Hand der in der anliegenden Liste*) enthaltenen, bereits angemeldeten Fälle errechnet worden. Der Betrag vermindert oder erhöht sich verhältnismäßig bei Wegfall von Fällen aus der Zahl der obenerwähnten oder bei hinzukommenden Fällen. Solche Neuankmeldungen sind binnen längstens sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung bei der mehrerwähnten Kommission anzubringen.

Ziffer 3. Die im Sinne der vorstehenden Bestimmung sich ergebende Verminderung oder Erhöhung des in Ziffer 1 erwähnten Betrages wird im Einvernehmen der beiden Regierungen festgesetzt, ohne daß dadurch die Zahlung dieses Betrages aufgeschoben wird.

Ziffer 4. Die Deutsche Regierung wird die Abfindung der nach Maßgabe dieser Vereinbarung zu entschädigenden Siedler veranlassen; gegenüber dem ungarischen Staat und gegenüber den neuen Erwerbem, denen die Grundstücke seitens des ungarischen Staates zugeteilt wurden, steht ihnen ein Entschädigungsanspruch nicht zu.

Ziffer 5. Mit dem 10. November 1938 erlischt für die im Artikel I genannten Personen die weitere Steuer- und Abgabepflicht, soweit sie den in dieser Vereinbarung behandelten Grundbesitz, die Erträge desselben und die aus ihm entstehenden Einkünfte betrifft. Die aus Pachtverträgen sich ergebende Steuer- und Abgabepflicht erlischt mit dem Zeitpunkt der Beendigung dieser Verträge (Artikel IV).

Die nach diesen Bestimmungen ungebührlich empfangenen Zahlungen werden rückerstattet.

Artikel VII

In solchen Fällen, in denen den Siedlern aus der Versäumung von Fristen des materiellen Rechts und des Verfahrensrechts ohne eigenes Verschul-

*) Die im Artikel VI Ziffer 2 angeführte Liste wird im VBIRProt. nicht veröffentlicht und kann im RGBl. II von 1941 eingesehen werden.

vých částek stane se podle dohody učiněné pro platy mezi Německou říší, včetně protektorátu Čechy a Morava, a královstvím Uherským.

Číslo 3. Komise bude podporovati podle možnosti osadníky při propachtování nebo prodeji jejich v čísle 1. předvídaných pozemků; může též zprostředkovati pachtovní a kupní smlouvy.

Článek VI.

Číslo 1. Odškodnění osadníků děje se podle částky sjednané mezi Německou vládou a královskou Uherskou vládou, o jejíž výši a způsobu placení jest mezi smluvními stranami dorozumění.

Číslo 2. Tato částka byla vypočtena na základě v připojené listině*) obsažených již přihlášených případů. Částka se sníží nebo zvýší poměrně při odpadnutí případů z počtu výše zmíněných nebo při nově k tomu přibylých případech. Takové nové přihlášky buďtež podány během nejdéle šesti měsíců po nabytí platnosti této dohody u komise několikrátě zmíněné.

Číslo 3. Snížení nebo zvýšení částky zmíněné v čísle 1., vyplývající ve smyslu vpředu uvedeného ustanovení stanoví se v dohodě obou vlád, aniž se tím placení této částky odkládá.

Číslo 4. Německá vláda zařídí vyrovnání osadníků, kteří mají podle této dohody býti odškodněni; proti Uherskému státu a proti novým nabyvatelům, kterým byly pozemky přiděleny uherským státem, nepřísluší jim nárok na odškodnění.

Číslo 5. Dnem 10. listopadu 1938 zaniká pro osoby jmenované ve článku I. další daňová a poplatková povinnost, pokud se týká pozemkové držby, o níž se jedná v této dohodě, jejich výnosů a z ní vznikajících příjmů. Z pachtovních smluv vyplývající daňová a poplatková povinnost zaniká okamžikem ukončení těchto smluv (článek IV.).

Platy podle těchto ustanovení nenálezející se vrací.

Článek VII.

V takových případech, ve kterých osadníkům vznikla právní újma z proměškání lhůt materiálního práva a procesního práva bez vlastního za-

*) Seznam uvedený ve článku VI., číslo 2 se ve Věstn. ř. prot. neweřejňuje a lze v něj nahlédnouti v říšském zák. II., roč. 1941.

den ein Rechtsnachteil erwachsen ist und die der Königlich Ungarischen Regierung zur Kenntnis gebracht werden, wird von ihr wohlwollende Prüfung und Abhilfe zugesagt.

Artikel VIII

Diese Vereinbarung soll ratifiziert, die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden. Sie tritt mit dem 15. Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Die vertragschließenden Teile haben sich geeinigt, die Bestimmungen dieser Vereinbarung vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anzuwenden.

Budapest, den 16. Oktober 1940.

Für die Deutsche Regierung:

E. von Schack.

Für die
Königlich Ungarische Regierung:

Dr. Sebestyén Pál.

vinění, a o kterých královská Uherská vláda nabude vědomosti, přislubuje se jí blahovonné přezkoušení a odpomoc.

Článek VIII.

Tato dohoda má být ratifikována, ratifikační listiny mají pokud možno brzy být vyměněny v Berlíně. Nabývá platnosti 15. dne po výměně ratifikačních listin.

Smluvní strany se shodly, prozatímne používatí ustanovení této dohody ode dne podepsání.

V Budapešti dne 16. října 1940.

Za Německou vládu:

E. von Schack.

Za královskou Uherskou vládu:

Dr. Sebestyén Pál.

Bekanntmachung über den deutsch-slowakischen Aus- lieferungsvertrag.

Vom 12. Mai 1941

(RGBl. II S. 146, ausgeg. am 16. V. 1941).

Am 21. September 1940 ist in Preßburg von den Bevollmächtigten des Deutschen Reichs und der Slowakischen Republik ein Auslieferungsvertrag unterzeichnet worden. Der Wortlaut des Vertrags und des dazu gehörenden Schlußprotokolls wird gemäß § 46 Abs. 2 des Deutschen Auslieferungsgesetzes nachstehend veröffentlicht. Der im Artikel 36 Abs. 1 des Vertrags vorgesehene Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 2. Mai 1941 in Berlin stattgefunden.

Der Vertrag und das Schlußprotokoll treten gemäß Artikel 36 Abs. 2 des Vertrages am 3. Juni 1941 in Kraft. *)

Berlin, den 12. Mai 1941.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker.

Der Reichsminister der Justiz

In Vertretung

Dr. Freisler.

* * *

*) Der Auslieferungsvertrag wurde im Originaltext in deutscher und slowakischer Sprache abgefaßt und so im Reichsgesetzblatt II verlaublich. Der hier beigefügte tschechische Wortlaut ist als Übersetzung der deutschen Fassung anzusehen.

Vyhľadška o německo-slovenské smlouvě o vydávání.

Ze dne 12. května 1941.

(Říšský zák. II., str. 146., vyd. dne 16. V. 1941.).

Dne 21. září 1940 byla podepsána v Bratislavě plnomocniky Německé říše a Slovenské republiky smlouva o vydávání. Slovní znění smlouvy a k ní patřícího závěrečného protokolu uveřejňuje se následovně podle § 46., odst. 2. Německého zákona o vydávání. Ve článku 36., odst. 1. smlouvy předvídaná výměna ratifikačních listin stala se dne 2. května 1941 v Berlíně.

Smlouva a závěrečný protokol nabývají platnosti podle článku 36., odst. 2. smlouvy dne 3. června 1941. *)

V Berlíně dne 12. května 1941.

Říšský ministr zahraničí

V zastoupení

Svobodný pán von Weizsäcker.

Říšský ministr spravedlnosti

V zastoupení

Dr. Freisler.

* * *

*) Smlouva o vydávání byla sepsána v původním textu v německém a slovenském jazyku a takto vyhlášena v Říšském zákoníku II. Zde připojený český text jest považovati za překlad německého znění.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik.

Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik sind übereingekommen, die Auslieferung straffälliger Personen und die Leistung sonstiger Rechtshilfe in Strafsachen durch einen Vertrag zu regeln.

Zu diesem Zweck haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Herrn Manfred Freiherr von Killinger,

den Ministerialdirigenten im Reichsjustizministerium Herrn Dr. Wolfgang Mettgenberg

und

den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Herrn Dr. Adolf Siedler.

Der Präsident der Slowakischen Republik:

dem Ministerpräsidenten und Minister des Äußern Herrn Dr. Adalbert Tuka,

den Chef der rechtlich-administrativen Sektion des Ministeriums des Äußern Herrn Dr. Viktor Bečka

und

den Sektionsrat im Justizministerium Herrn Dr. Desiderius Rakšány.

Die Bevollmächtigten haben einander ihre Vollmachten mitgeteilt und in Ordnung befunden. Sie haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Umfang der Rechtshilfe

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen:

1. unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einander auf Ersuchen einer zuständigen Behörde in Strafsachen aller Art, mögen sie bei Gerichts- oder Verwaltungsbehörden schweben, durch ihre Gerichte und Verwaltungsbehörden Rechtshilfe dadurch zu leisten, daß
 - a) Personen zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung ausgeliefert und durchgeliefert werden,
 - b) Gegenstände herausgegeben werden,
 - c) sonstige Rechtshilfe geleistet wird, soweit sie auch eigenen Behörden gewährt werden könnte;
2. einander die rechtskräftigen Verurteilungen ihrer Staatsangehörigen mitzuteilen.

Smlouva o vydávání mezi Německou říší a Slovenskou republikou.

Německá říše a Slovenská republika se dohodly, že upraví smlouvou vydávání provinilců a poskytování jinaké právní pomoci v trestních věcech.

Za tím účelem jmenovaly plnomocníky:

Německý říšský kancléř:

mimořádného vyslance a zplnomocněného ministra pana Manfreda svobodného pána von Killingera,

ministerského dirigenta v říšském ministerstvu spravedlnosti pana Dr. Wolfganga Mettgenberga

a

přednášejícího legačního radu v zahraničním úřadě pana Dr. Adolfa Siedlera.

President Slovenské republiky:

ministerského předsedu a ministra zahraničí pana Dra Vojtěcha Tuka,

přednostu administrativně-právního odboru ministerstva zahraničních věcí pana Dra Viktora Bečku

a

odborového radu ministerstva spravedlnosti pana Dra Desidera Rakšányho.

Plnomocníci předložili si vzájemně své plné moci a shledali je v pořádku. Dohodli se o následujících ustanoveních:

Oddíl prvý.

Všeobecná ustanovení.

Článek 1.

Rozsah právní pomoci.

Smluvní strany zavazují se podle následujících ustanovení:

1. předpokládajíce vzájemnost poskytnouti si vzájemně na žádost příslušného úřadu v trestních věcech jakéhokoliv druhu, ať se jedná o soudy nebo správní úřady, svými soudy a správními úřady právní pomoc tím, že
 - a) vydají a povolí průvoz osob ke trestnímu stíhání nebo k výkonu trestu,
 - b) vydají předměty,
 - c) poskytnou jinou právní pomoc, pokud by táž i vlastním úřadům mohla být poskytnuta;
2. vzájemně si sdělí právoplatná odsouzení svých státních příslušníků.

Zweiter Abschnitt

Auslieferung und Durchlieferung

Artikel 2

Abgrenzung der Auslieferungspflicht in persönlicher Hinsicht

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Personen, die von den Behörden des ersuchenden Teils wegen einer strafbaren Handlung verfolgt werden oder verurteilt worden sind und sich im Gebiete des ersuchten Teils befinden, einander zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung auszuliefern.

(2) Diese Verpflichtung erstreckt sich nicht auf die eigenen Staatsangehörigen des ersuchten Teils.

Artikel 3

Abgrenzung der Auslieferungspflicht in sachlicher Hinsicht

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Auslieferung wegen solcher Taten zu gewähren, die nach dem auf den Einzelfall anzuwendenden Recht beider Teile strafbar sind.

(2) Wird die Auslieferung zur Strafverfolgung begehrt, so ist die Auslieferung zu gewähren, wenn die Tat nach dem Recht beider Teile mit mindestens sechs Monaten Freiheitsstrafe oder einer schwereren Straftat als Freiheitsstrafe bedroht ist. Die Auslieferung erfolgt auch wegen Vorbereitung und Versuchs einer der Auslieferung unterliegenden Tat und wegen jeder Art von Teilnahme, sofern die Vorbereitung, der Versuch oder die Teilnahme nach dem Recht beider Teile strafbar ist. Dasselbe gilt für Hehlerei und Begünstigung hinsichtlich einer der Auslieferung unterliegenden Tat.

(3) Wird die Auslieferung zur Strafvollstreckung begehrt, so ist die Auslieferung zu gewähren, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 vorliegen und die rechtskräftig erkannte Strafe, im Falle einer Gesamtstrafe diese, mindestens zwei Monate Freiheitsstrafe beträgt.

(4) Die Verpflichtung zur Auslieferung nach den Absätzen 1 bis 3 besteht auch, wenn die Tat in oder bei Ausübung eines Amtes begangen ist.

Artikel 4

Politische Taten

(1) Die vertragschließenden Teile sind zur Auslieferung nicht verpflichtet, wenn die Tat eine politische ist oder mit einer politischen Tat derart im Zusammenhang steht, daß sie diese vorbereiten, sichern, decken oder abwehren sollte.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung besteht jedoch in allen Fällen, in denen die Tat gemeinsame Interessen der vertragschließenden Teile ver-

Oddíl druhý.

Vydávání a průvoz.

Článek 2.

Omezení povinnosti k vydání v osobním ohledu.

(1) Smluvní strany se zavazují, že podle následujících ustanovení si vydají vzájemně k trestnímu stíhání neb k výkonu trestu osoby stíhané nebo odsouzené úřady žádající strany pro trestný čin a nacházející se na území dožádané strany, k trestnímu stíhání nebo výkonu trestu.

(2) Tato povinnost nevztahuje se na vlastní státní příslušníky dožádané strany.

Článek 3.

Věcná omezení povinnosti k vydání.

(1) Smluvní strany se zavazují, povolití vydání pro takové činy, které jsou trestnými podle práva obou stran, jehož jest v jednotlivém případě použití.

(2) Požaduje-li se vydání k trestnímu stíhání, budíž vydání povoleno, je-li čin podle práva obou stran stíhán nejméně šesti měsíci trestu na svobodě nebo těžším druhem trestu než trest na svobodě. Vydání děje se i pro přípravu a pokus činu vydání podléhajícího a pro každý druh účastenství, pokud příprava, pokus nebo účastenství jsou trestnými podle práva obou stran. Totéž platí pro přechovávání a nadřzování ohledně činu podléhajícího vydání.

(3) Žádá-li se o vydání k výkonu trestu, budíž vydání povoleno, jsou-li dány předpoklady odstavců 1. a 2., a pravoplatně uložený trest, v případě souhrnného trestu tento, činí nejméně dva měsíce trestu na svobodě.

(4) Povinnost k vydání podle odstavců 1. až 3. stává též, byl-li čin spáchán ve nebo při vykonávání nějakého úřadu.

Článek 4.

Politické činy.

(1) Smluvní strany nejsou k vydání povinny, je-li čin politický nebo jest s nějakým politickým činem tak v souvislosti, že ho měl připravit, zajistit, kryt nebo odvrátit.

(2) Povinnost k vydání stává však ve všech případech, v nichž čin poškodil společné zájmy smluvních stran. Povinnost trvá dále, jeví-li se čin jako

letzt hat. Die Verpflichtung besteht ferner, wenn die Tat sich als ein vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben darstellt oder eine besondere Gemeingefahr herbeigeführt hat oder Furcht und Schrecken verbreiten sollte, es sei denn, daß die Tat im offenen Kampf begangen ist. Das gleiche gilt für die Vorbereitung einer solchen Tat, für ihren Versuch, jede Art von Teilnahme daran und ihre Begünstigung.

Artikel 5

Ausnahmen von der Auslieferungspflicht

Eine Verpflichtung zur Auslieferung besteht nicht:

1. wenn die Tat nach dem Recht eines der vertragschließenden Teile eine Übertretung ist;
2. wenn die Tat ausschließlich nach den Pressestrafgesetzen strafbar ist;
3. wenn die Tat ausschließlich nach den Vorschriften über öffentlich-rechtliche Abgaben strafbar ist;
4. wenn die Tat ausschließlich nach den Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung strafbar ist;
5. wenn die Tat ausschließlich nach den Vorschriften über Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbote strafbar ist, es sei denn, daß es sich um die strafbare Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Betäubungsmitteln handelt.

Artikel 6

Weitere Ausnahmen von der Auslieferungspflicht

Eine Verpflichtung zur Auslieferung besteht nicht:

1. wenn die Gerichtsbarkeit des ersuchten Teils für die Tat begründet ist und überwiegende strafrechtliche Interessen für die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den ersuchten Teil sprechen;
2. wenn gegen den Verfolgten wegen der Tat von Behörden des ersuchten Teils ein Strafkenntnis erlassen oder die Anklage erhoben worden ist;
3. wenn die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung wegen der Tat nach dem Recht eines der vertragschließenden Teile unzulässig sein würde, zum Beispiel weil die Tat im Gebiet eines dritten Staates begangen, Verjährung eingetreten oder ein Gnadenerlaß erfolgt ist oder der erforderliche Strafantrag fehlt.

Artikel 7

Aussetzung der Auslieferung

Ist der Verfolgte von einer Behörde des ersuchten Teils wegen einer anderen wie der Tat, welche die Auslieferung veranlassen soll, strafrechtlich zur Untersuchung gezogen oder verurteilt worden oder

zúmyslný zločin proti životu nebo přivodil-li zvláštní obecné nebezpečí nebo měl-li šířiti strach a hrůzu, ledaže čin jest spáchán v otevřeném boji. Stejně platí pro přípravu takového činu, pro pokus o něj, každý druh účastenství na něm a nadřozování jemu.

Článek 5.

Výjimky z povinnosti k vydání.

Povinnosti k vydání není:

1. je-li čin podle práva jedné smluvní strany přestupkem;
2. je-li čin trestným výlučně podle trestních tiskových zákonů;
3. je-li čin trestným výlučně podle předpisů o veřejno-právních dávkách;
4. je-li čin trestným výlučně podle předpisů o devisovém hospodářství;
5. je-li čin trestným výlučně podle předpisů o zákazech dovozu, vývozu a průvozu, leč by se jednalo o trestný dovoz, vývoz nebo průvoz omamných prostředků.

Článek 6.

Další výjimky z povinnosti k vydání.

Povinnosti k vydání není:

1. je-li odůvodněna soudní příslušnost dožádané strany pro čin a převážně trestně-právní zájmy odůvodňují vykonání soudní pravomoci dožádanou stranou;
2. byl-li proti stíhanému pro čin úřady dožádané strany vydán trestní nález nebo podána žaloba;
3. nebylo-li trestní stíhání nebo výkon trestu pro čin podle práva jedné smluvní strany přípustné, na příklad poněvadž čin byl spáchán na území nějakého třetího státu, nastalo promlčení, nebo byla udělena milost, nebo chybí potřebný trestní návrh.

Článek 7.

Odklad vydání.

Je-li stíhaný některým úřadem dožádané strany trestně vzat do vyšetřování pro nějaký jiný čin, než který má vydání způsobiti, nebo byl-li odsouzen nebo nalézá-li se z jiných důvodů ve vazbě,

22a

befindet er sich aus anderen Gründen in Haft, so kann die Auslieferung ausgesetzt werden, bis das Verfahren beendet, das Urteil vollstreckt, die Strafe endgültig erlassen oder die Haft vollzogen ist.

Artikel 8

Vorläufige Auslieferung

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, in den Fällen des Artikels 7 Personen, zu deren Auslieferung sie nach diesem Vertrage verpflichtet sind, einander zur Strafverfolgung vorläufig auszuliefern, sofern die Interessen der Rechtspflege des ersuchten Teils der vorläufigen Auslieferung nicht entgegenstehen. Der ersuchende Teil verpflichtet sich, den Verfolgten auf Ersuchen des anderen Teils, jedenfalls aber nach Durchführung der Strafverfolgung unverzüglich zurückzuliefern.

Artikel 9

Mehrheit von Auslieferungsersuchen

Haben mehrere Regierungen die Auslieferung nachgesucht, so hat der ersuchte Teil die Wahl, welchem Auslieferungsersuchen er den Vorzug geben will.

Artikel 10

Vorläufige Auslieferungshaft

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, einen Verfolgten, um dessen Auslieferung ersucht werden soll, schon vor Eingang des Ersuchens um Auslieferung in Haft zu nehmen, wenn dies unter Angabe der persönlichen Verhältnisse des Verfolgten, insbesondere seiner Staatsangehörigkeit, und des Tatbestandes der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, insbesondere der Zeit und des Ortes der Tat, beantragt wird oder der Verfolgte mit denselben Angaben in dem Fahndungsblatt des anderen Teils zum Zwecke der Auslieferung ausgeschrieben ist und die zuständigen Behörden des ersuchten Teils auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die vorläufige Auslieferungshaft anordnen. Die Entscheidung über das Ersuchen und der Zeitpunkt des Beginns der vorläufigen Auslieferungshaft werden der Behörde, die sie beantragt hat, unverzüglich mitgeteilt.

(2) Für die Übermittlung der Ersuchen um die vorläufige Inhaftnahme und der Mitteilungen über die Erledigung der Ersuchen und über den Zeitpunkt des Beginns der vorläufigen Auslieferungshaft wird der unmittelbare Geschäftsverkehr zwischen der verfolgenden Behörde und der zuständigen Behörde des ersuchten Teils zugelassen.

(3) Der Verfolgte kann freigelassen werden, wenn das Ersuchen um Auslieferung mit den vertragsmäßig vorgeschriebenen Unterlagen nicht innerhalb einer Frist von einem Monat seit dem Tage der Verhaftung bei der Regierung des ersuchten Teils gestellt wird.

müße býtí vydání odloženo, až řízení se skončí, rozsudek vykoná, trest s konečnou platností promíne nebo vazba vykoná.

Článek 8.

Předběžné vydání.

Smluvní strany se zavazují, v případech článku 7. osoby, k jejichž vydání jsou podle této smlouvy povinny, vzájemně předběžně vydati k trestnímu stíhání, pokud zájmům právní péče dožadané strany se nepříčí předběžné vydání. Žádající strana se zavazuje, že stíhaného na žádost druhé strany, v každém případě však po provedení trestního stíhání neodkladně dopraví zpět.

Článek 9.

Více žádostí o vydání.

Žádalo-li o vydání více vlád, má dožadaná strana volbu, které žádosti za vydání chce dáti přednost.

Článek 10.

Předběžná vydávací vazba.

(1) Smluvní strany se zavazují, že vezmou stíhaného, o jehož vydání se má požádati, do vazby již před dojitím žádosti o vydání, navrhuje-li se to s udáním osobních poměrů stíhaného, zvláště jeho státní příslušnosti a skutkové podstaty jemu za vinu kladeného trestného činu, zvláště času a místa činu, nebo byl-li stíhaný vypsán s tímiž údaji k cili vydání v pátracím věstníku druhé strany, a příslušné úřady dožadané strany nařídí na základě zákonných ustanovení předběžnou vazbu za účelem vydání. Rozhodnutí o žádosti a doba započetí předběžné vazby buďtež bez odkladu oznámeny úřadu, který ji navrhl.

(2) Pro předání žádosti o předběžné vzeti do vazby a sdělení o vyřízení žádosti a o době započetí předběžné vydávací vazby připouští se přímý úřední styk mezi stíhajícím úřadem a příslušným úřadem dožadané strany.

(3) Stíhaného možno propustit na svobodu, nepodá-li se žádost o vydání, se smluvně předepsanými podklady, během lhůty jednoho měsíce ode dne zatčení u vlády dožadané strany.

23

Artikel 11

Geschäftsweg für die Auslieferungersuchen

(1) Die deutschen Ersuchen um Auslieferung können von dem Reichsminister der Justiz und, soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den deutschen Militärgerichten anhängig sind, vom Oberkommando der Wehrmacht unmittelbar an das Slowakische Justizministerium (Ministerstvo pravosúdia) gerichtet werden.

(2) Die slowakischen Ersuchen um Auslieferung können von dem Slowakischen Justizministerium und, soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den slowakischen Militärgerichten anhängig sind, von dem Slowakischen Ministerium für nationale Verteidigung (Ministerstvo národnej obrany) unmittelbar an den Reichsminister der Justiz gerichtet werden.

Artikel 12

Unterlagen des Auslieferungersuchens

(1) Mit dem Ersuchen um Auslieferung ist ein Haftbefehl oder das vollstreckbare Straferkenntnis vorzulegen, die Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Verfolgten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit, und über den Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, insbesondere die Zeit und den Ort der Tat, und den Wortlaut der zur Anwendung kommenden Strafbestimmungen enthalten und von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils wegen der Tat gegen den Verfolgten erlassen sind.

(2) Gehen aus den mitgeteilten Schriftstücken die Umstände, die zur Prüfung des Auslieferungersuchens notwendig sind, nicht hinreichend hervor, so werden die Unterlagen auf Ersuchen unverzüglich ergänzt.

Artikel 13

Auslieferungshaft

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, einen Verfolgten, um dessen Auslieferung ersucht ist, in Haft zu nehmen oder zu halten, wenn die zuständigen Behörden des ersuchten Teils auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die Auslieferungshaft anordnen.

Artikel 14

Ausschluß der Prüfung der Schuldfrage

Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß der ersuchte Teil nicht prüfen wird, ob der Verfolgte der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung verdächtig oder schuldig ist.

Artikel 15

Grundsatz der Spezialität

(1) Der Ausgelieferte darf ohne Zustimmung des ersuchten Teils weder wegen einer vor der Aus-

Článek 11.

Úřední cesta pro žádosti o vydání.

(1) Německé žádosti za vydání mohou býti řízeny říšským ministrem spravedlnosti a, pokud jde o trestní věci, které běží u německých vojenských soudů, Vrchním velitelstvím branné moci přímo na Slovenské ministerstvo spravedlnosti (Ministerstvo pravosúdia).

(2) Slovenské žádosti za vydání mohou býti řízeny Slovenským ministerstvem spravedlnosti a, pokud jde o trestní věci, které běží u slovenských vojenských soudů, Slovenským ministerstvem národní obrany (Ministerstvo národnej obrany) přímo říšskému ministru spravedlnosti.

Článek 12.

Podklady žádosti za vydání.

(1) Se žádostí za vydání budiž předložen zatykač nebo vykonatelný trestní nález, obsahující údaje o osobních poměrech stíhaného, zvláště o jeho státní příslušnosti, a o skutkové podstatě jemu za vinu kladeného trestného činu, zvláště o čase a místě činu, a slovné znění trestních ustanovení, jichž má býti použito, a která vydal příslušný úřad dožadující strany pro čin proti stíhanému.

(2) Nevyplývají-li dostatečně ze sdělených písemností okolnosti nutné ku přezkoušení žádosti za vydání, doplní se doklady neprodleně na požádání.

Článek 13.

Vydávací vazba.

Smluvní strany se zavazují stíhaného, o jehož vydání se žádá, vzít do vazby nebo v ní držeti, nařídí-li příslušné úřady dožádané strany na základě zákonných ustanovení vydávací vazbu.

Článek 14.

Vyloučení zkoumání otázky viny.

Smluvní strany se shodly, že dožádaná strana nebude zkoumat, zda stíhaný jest podezřelý nebo vinný z trestného činu jemu za vinu kladeného.

Článek 15.

Zásada výlučnosti.

(1) Vydaný nesmí beze svolení dožádané strany býti vzat do vyšetřování, potrestán nebo třetimu

lieferung begangenen Tat, für welche die Auslieferung nicht bewilligt ist, zur Untersuchung gezogen, bestraft oder an einen dritten Staat weitergeliefert noch aus einem sonstigen, vor der Auslieferung eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden. Das freie Geleit des Ausgelieferten erlischt, wenn er das Gebiet des ersuchenden Teils innerhalb eines Monats nach dem endgültigen Abschluß des gegen ihn durchgeführten Strafverfahrens, einschließlich der Strafvollstreckung, nicht verläßt, oder wenn er, nachdem er es verlassen hat, zurückgekehrt ist oder von einer dritten Regierung von neuem ausgeliefert wird.

(2) Ist eine Auslieferung zur Strafverfolgung bewilligt worden, so ist eine andere rechtliche Beurteilung der Tat, wegen deren die Auslieferung bewilligt ist, zulässig, wenn die Verpflichtung zur Auslieferung wegen der Tat auch in ihrer neuen rechtlichen Beurteilung nach den Bestimmungen des Vertrags bestehen würde.

(3) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, auf ein Ersuchen, das auf dem im Artikel 11 vorgesehenen Wege zu stellen ist, der Untersuchung, Bestrafung oder Weiterlieferung des Ausgelieferten wegen einer vor der Auslieferung begangenen Tat, wegen deren die Auslieferung nicht bewilligt ist, zuzustimmen, wenn eine Verpflichtung zur Auslieferung wegen der Tat nach den Bestimmungen des Vertrags bestehen würde.

Artikel 16

Durchlieferung

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, straffällige Personen, die eine dritte Regierung dem anderen Teile ausliefert, durch ihr Gebiet durchzuliefern.

(2) Die Verpflichtung zur Durchlieferung besteht nicht,

- a) wenn nach den Bestimmungen des Vertrags die Auslieferung des Verfolgten nicht bewilligt werden müßte;
- b) wenn der Verfolgte von einer Behörde des ersuchten Teils strafrechtlich verfolgt wird oder wenn gegen ihn von einer Behörde des ersuchten Teils aus anderen Gründen die Haft angeordnet ist.

(3) Die Artikel 11 bis 13 gelten entsprechend.

Artikel 17

Durchführung der Auslieferung und Durchlieferung

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, den Verfolgten, dessen Auslieferung oder Durchlieferung durchzuführen ist, an den zu vereinbarenden Grenzort zu befördern.

(2) Die Durchlieferung wird von den Behörden des ersuchten Teils in der Weise durchgeführt, die ihnen am geeignetsten erscheint.

státu dále vydán pro čin spáchaný před vydáním, pro který vydání není povoleno, ani býti omezen ve své osobní svobodě pro nějaký jiný před vydáním vzniklý právní důvod. Právo volného odchodu vydané osoby zaniká, neopustí-li území žádající strany během jednoho měsíce po trvalém konečném ukončení proti ní provedeného trestního řízení, počítaje v to výkon trestu, nebo vrátila-li se, když je již opustila nebo byla-li třetí vládou znovu vydána.

(2) Bylo-li povoleno vydání k trestnímu stíhání, jest přípustno jiné právní posuzování činu, pro který bylo povoleno vydání, kdyby povinnost k vydání pro čin stávala podle ustanovení smlouvy i při jeho novém právním posuzování.

(3) Smluvní strany se zavazují na žádost, kterou jest podati cestou předvídanou ve článku 11., k vyšetřování, potrestání nebo dalšímu dopravení vydaného pro čin spáchaný před vydáním, pro který se vydání nepovolilo, dáti souhlas, kdyby stávala povinnost k vydání pro čin podle ustanovení smlouvy.

Článek 16.

Provezení.

(1) Smluvní strany se zavazují, že svým územím provedou provinilce, které třetí vláda vydala druhé straně.

(2) Povinnosti ku provezení nestává,

- a) kdyby podle ustanovení smlouvy nemusilo se povolití vydání stíhaného;
- b) je-li stíhaný stíhán dle trestního práva úřadem dožádané strany nebo je-li proti němu z jiných důvodů nařazena vazba některým úřadem dožádané strany.

(3) Články 11. až 13. platí přiměřeně.

Článek 17.

Výkon vydání a provezení.

(1) Smluvní strany se zavazují, stíhaného, jehož vydání nebo provezení jest vykonati, doprovítí do pohraničního místa, o kterém se mají dohodnouti.

(2) Provezení provedou úřady dožádané strany způsobem, který se jim jeví nejvhodnějším.

Dritter Abschnitt

Herausgabe von Gegenständen

Artikel 18

Herausgebende Gegenstände

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen herauszugeben:

1. Gegenstände, die als Beweismittel für ein Strafverfahren von Bedeutung sein können,
2. Gegenstände, die in einem Strafverfahren der Einziehung oder Verfallklärung unterliegen,
3. Gegenstände im Besitze des Verfolgten, die er oder ein Teilnehmer außerhalb des Gebiets des ersuchten Teils durch die strafbare Handlung, wegen deren er verfolgt wird, oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt hat
4. Gegenstände, die bei einer Durchlieferung mit dem Verfolgten übernommen werden.

Artikel 19

Bedingungen der Herausgabe

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Rechte dritter Personen an den herausgegebenen Gegenständen unberührt zu lassen und die Gegenstände auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben, falls bei der Übergabe ein entsprechender Vorbehalt gemacht worden ist.

Artikel 20

Ausnahmen von der Herausgabepflicht

(1) Die Verpflichtung zur Herausgabe besteht nicht, wenn in dem Strafverfahren, für das die Herausgabe geschehen soll, die Verpflichtung zur Auslieferung nach den Artikeln 3, 4, 5 oder 6 nicht bestehen würde.

(2) Die Verpflichtung zur Herausgabe entfällt auch, wenn sich das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, gegen einen Angehörigen des ersuchten Teils richtet, der sich außerhalb des Gebiets des ersuchenden Teils befindet.

Artikel 21

Aussetzung der Herausgabe

Die Herausgabe kann, wenn die Gegenstände von einer Behörde des ersuchten Teils in einem Strafverfahren benötigt werden, ausgesetzt werden, bis das Verfahren beendet und die Entscheidung über die Gegenstände vollzogen ist.

Artikel 22

Geschäftsweg für die Herausgabersuchen

Die Ersuchen um Herausgabe können auf dem in Artikel 11 bezeichneten Wege gestellt werden.

Oddíl třetí.

Vydání předmětů.

Článek 18.

Předměty, které mají být vydány.

Smluvní strany se zavazují podle následujících ustanovení vydávati:

1. předměty, které mohou mít význam jako důkazné prostředky pro trestní řízení,
2. předměty, které v trestním řízení podléhají odnětí nebo prohlášení za propadlé,
3. předměty v držbě stíhaného, kterých nabyl on nebo účastník mimo území dožádané strany trestnou činností, pro kterou jest stíhán, nebo jako úplatu za takové předměty,
4. předměty převzaté při průvozu se stíhaným.

Článek 19.

Podmínky vydání.

Smluvní strany se zavazují, že ponechají nedotknuta práva třetích osob na vydaných předmětech a vrátí neprodleně na žádost předměty, byla-li při odevzdání učiněna příslušná výhrada.

Článek 20.

Výjimky z povinnosti vydávací.

(1) Povinnosti k vydání není, když by v trestním řízení, pro něž se má vydání státi, nestávala povinnost k vydání podle článků 3., 4., 5. nebo 6.

(2) Povinnost k vydání též odpadá, když trestní řízení, pro které se má vykonat, směřuje proti příslušníku dožádané strany, nacházejícímu se mimo území žádající strany.

Článek 21.

Odklad vydání.

Vydání může být odloženo, potřebuje-li předměty úřad dožádané strany v trestním řízení, až řízení jest ukončeno a rozhodnutí o předmětech vykonáno.

Článek 22.

Úřední cesta pro žádosti o vydání.

Žádosti o vydání mohou být podávány cestou označenou ve článku 11.

Artikel 23

Ersuchen um selbständige Herausgabe von Gegenständen

Soll die Herausgabe von Gegenständen ohne Zusammenhang mit der Auslieferung oder Durchführung eines Verfolgten geschehen, so ist mit dem Ersuchen um Herausgabe ein Beschlagnahmebeschuß vorzulegen, der von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Teils erlassen ist. In dem Ersuchen oder in dem Beschuß müssen die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit und sein derzeitiger Aufenthaltsort, sowie der Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, insbesondere Zeit und Ort der Tat, und der Stand der Strafsache angegeben werden.

Artikel 24

Durchführung der Herausgabe

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Ersuchen um Herausgabe von den Behörden des ersuchten Teils, die nach dessen Gesetzen gleichartige Amtshandlungen in eigenen Strafsachen zu erledigen haben, in den für diese Amtshandlungen vorgeschriebenen Formen und mit den entsprechenden Zwangsmaßnahmen erledigen zu lassen.

(2) Soll die Herausgabe im Zusammenhang mit einer Auslieferung oder Durchführung eines Verfolgten geschehen, so sind die Gegenstände möglichst gleichzeitig mit dem Verfolgten zu übergeben.

Vierter Abschnitt

Sonstige Rechtshilfe in Strafsachen

Artikel 25

Zustellungen

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die ein Strafverfahren betreffenden Schriftstücke, insbesondere auch Ladungen, zuzustellen.

(2) Ein Zeuge oder Sachverständiger, der auf eine durch die Behörden des ersuchten Teils ihm zugestellte Ladung vor den Behörden des ersuchenden Teils erscheint, darf, ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit, weder wegen Täterschaft, irgendeiner Art von Teilnahme, Hehlerei oder Begünstigung bei der den Gegenstand der Untersuchung bildenden oder einer anderen vor der Ausreise der geladenen Person aus dem Gebiete des ersuchten Teils begangenen Straftat verfolgt oder bestraft noch aus einem sonstigen, vorher eingetretenen Rechtsgrund in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden, es sei denn, daß die geladene Person innerhalb einer Woche nach dem Tage, an dem sie entlassen und die Ausreise möglich ist, das Gebiet des ersuchenden Teils nicht verläßt.

Článek 23.

Zádostí o samostatné vydání předmětů.

Má-li se stát vydání předmětů bez souvislosti s vydáním nebo provedením stíhaného, buďž předloženo s žádostí o vydání usnesení o zabavení, vydané příslušným úřadem žádající strany. V žádosti nebo v usnesení musí býti uvedeny osobní poměry obviněného, zvláště jeho státní příslušnost a jeho nynější místo pobytu, jakož i skutková podstata jemu za vinu kladeného trestného činu, zvláště doba a místo činu, a stav trestní věci.

Článek 24.

Provedení vydání.

(1) Smluvní strany se zavazují, že dají vyřídit žádost o vydání úřady dožádané strany, které mají podle jejich zákonů vyřizovati úřední jednání téhož druhu ve vlastních trestních věcech, formami předepsanými pro tato úřední jednání a odpovídajícími donucovacími prostředky.

(2) Má-li se vydání státi v souvislosti s vydáním nebo provedením stíhaného, buďtež předměty odevzdány podle možnosti současně se stíhaným.

Oddíl čtvrtý.

Jinaká právní pomoc v trestních věcech.

Článek 25.

Doručování.

(1) Smluvní strany se zavazují, že doručí písemnosti týkající se trestního řízení, zvláště též obsílky.

(2) Svědek nebo znalec, který se dostaví na obsílku doručenou jemu úřady dožádané strany před úřady žádající strany, nesmí býti stíhán nebo potrestán bez ohledu na svou státní příslušnost, ani pro pachatelství, jakýkoliv druh účastenství, přechovávačství nebo nadřzování pro trestný čin činní předmět vyšetřování nebo nějaký jiný, spáchaný před odcestováním občané osoby z území dožádané strany, ani nesmí býti omezen ve své osobní svobodě z jiného předtím nastalého právního důvodu, ledaže předvolaná osoba neopustí území dožádané strany během jednoho týdne po dni, kterého jest propuštěna a odcestování jest možné.

25

Artikel 26

Untersuchungshandlungen

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Beschuldigte, Zeugen und Sachverständige zu vernehmen, Auskünfte zu erteilen, Augenschein einzunehmen, Durchsuchungen und Beschlagnahme von Gegenständen zu bewirken und andere Untersuchungshandlungen vorzunehmen.

Artikel 27

Zuführung verhafteter Personen

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, sofern die Interessen der Rechtspflege des ersuchten Teils der Zuführung nicht entgegenstehen, einander in Haft befindliche Personen zuzuführen, damit sie als Zeugen vernommen oder als Zeugen anderen Personen gegenübergestellt werden. Der ersuchende Teil verpflichtet sich, die zugeführten Personen auf Ersuchen des anderen Teils, jedenfalls aber nach Durchföhrung der Untersuchungshandlung, unverzüglich zurückzuführen.

(2) Artikel 25 Absatz 2 gilt entsprechend.

Artikel 28

Ausnahmen von der Pflicht zur Leistung der Rechtshilfe

(1) Die Verpflichtung zur Leistung der Rechtshilfe nach den Artikeln 25 bis 27 besteht nicht, wenn das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, eine Tat zum Gegenstand hat:

- a) die nicht mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer schwereren Strafart als Freiheitsstrafe bedroht ist, es sei denn, daß es sich um eine Zuwiderhandlung auf dem Gebiete des Verkehrs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft handelt;
- b) wegen deren eine Verpflichtung zur Auslieferung nach den Artikeln 4, 5 oder 6 Nr. 3 nicht bestehen würde;
- c) wegen deren von Behörden des ersuchten Teils ein Straferkenntnis erlassen oder die Anklage erhoben worden ist, es sei denn, daß der ersuchte Teil um die Einleitung des Strafverfahrens ersucht hat oder der Durchföhrung des Strafverfahrens zustimmt.

(2) Die Verpflichtung zur Leistung der Rechtshilfe besteht ferner nicht, wenn das Strafverfahren, für das sie geleistet werden soll, sich gegen einen Angehörigen des ersuchten Teils richtet, der sich außerhalb des Gebiets des ersuchenden Teils befindet, es sei denn, daß es sich um eine Zuwiderhandlung auf dem Gebiete des Verkehrs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft handelt.

(3) Das Ersuchen um Zustellung einer Ladung kann auch dann abgelehnt werden, wenn dem Geladenen für den Fall seines Ausbleibens Zwangsmaßnahmen oder sonstige Nachteile angedroht werden.

Článek 26.

Vyšetřovací úkony.

Smluvní strany se zavazují, podle následujících ustanovení vyslyšet obviněné, svědky a znalce, podávat zprávy, vykonatí ohledání, provést prohlídky a zabavení předmětů a předsevzítí jiné vyšetřovací úkony.

Článek 27.

Předvedení uvězněných osob.

(1) Smluvní strany se zavazují, pokud zájmy právní péče dožádané strany neodporují předvedení, že předvedou vzájemně ve vazbě jsoucí osoby, aby mohly být vyslechnuty jako svědci nebo jako svědci mohly být konfrontovány s jinými osobami. Žádající strana se zavazuje, že předvedené osoby na žádost druhé strany, v každém případě však po provedení vyšetřovacího úkonu, neprodleně dopraví zpět.

(2) Článek 25., odst. 2. platí přiměřeně.

Článek 28.

Výjimky z povinností k poskytnutí právní pomoci.

(1) Není povinnost k poskytnutí právní pomoci podle článků 25. až 27., má-li trestní řízení, pro které má být poskytnuta, za předmět čin:

- a) který není stíhán nejméně třemi měsíci trestu na svobodě nebo těžším druhem trestu než trest na svobodě, ledaže jde o odporující jednání v oboru dopravy po zemi, po vodě nebo ve vzduchu;
- b) pro který by nestávala povinnost k vydání podle článků 4., 5. nebo 6. čis. 3.;
- c) pro který úřady dožádané strany byl vydán trestní nález nebo vznesena žaloba, ledaže požádaná strana žádala o zavedení trestního řízení nebo souhlasí s provedením trestního řízení.

(2) Není dále povinnost k poskytnutí právní pomoci, když trestní řízení, pro které táž má být poskytnuta, směřuje proti příslušníku strany, který se nalézá mimo území žádající strany, ledaže jde o odporující jednání v oboru dopravy po zemi, na vodě nebo ve vzduchu.

(3) Žádost za doručení obsílky může být i tehdy odepřena, hrozí-li se předvolanému pro případ, že se nedostaví, donucovacími prostředky nebo jinými újmami.

25a

Artikel 29

Auskunft aus dem Strafregister

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, einander Auskunft aus dem Strafregister zu erteilen.

(2) Die Verpflichtung zur Auskunft besteht nicht, wenn das Strafverfahren, für das sie erteilt werden soll,

- a) eine Tat zum Gegenstand hat, wegen deren eine Verpflichtung zur Auslieferung nach den Artikeln 4, 5 Nrn. 2 bis 5 oder nach dem Artikel 6 Nr. 3 nicht bestehen würde;
- b) sich gegen einen Angehörigen des ersuchten Teils richtet, der sich außerhalb des Gebiets des ersuchenden Teils befindet, es sei denn, daß es sich um eine Zuwiderhandlung auf dem Gebiete des Verkehrs zu Lande, zu Wasser oder in der Luft handelt.

Artikel 30

Wesentlicher Inhalt der Rechtshilfeersuchen

Die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25 bis 27 und 29 müssen alle wesentlichen Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, insbesondere seine Staatsangehörigkeit und seinen derzeitigen Aufenthaltsort, sowie den Tatbestand der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, insbesondere Zeit und Ort der Tat, und den Stand der Strafsache angeben.

Artikel 31

Geschäftsweg für die Rechtshilfeersuchen

(1) Die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25 bis 27 und 29 können im unmittelbaren Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten Justiz- und Polizeibehörden gestellt werden.

(2) Soweit es sich um Strafsachen handelt, die bei den Militärgerichten anhängig sind, können deutsche Ersuchen vom Oberkommando der Wehrmacht unmittelbar an das Slowakische Justizministerium (Ministerstvo pravosúdia) und slowakische Ersuchen vom Slowakischen Ministerium für nationale Verteidigung (Ministerstvo národnej obrany) unmittelbar an den Reichsminister der Justiz gerichtet werden.

Artikel 32

Ausführung der Rechtshilfe

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Ersuchen um Rechtshilfe nach den Artikeln 25 bis 27 und 29 von den Behörden des ersuchten Teils, die nach dessen Gesetzen gleichartige Amtshandlungen in eigenen Strafsachen zu erledigen haben, in den für diese Amtshandlungen vorgeschriebenen Formen und mit den entsprechenden Zwangsmaßnahmen erledigen zu lassen.

Článek 29.

Zpráva z trestního rejstříku.

(1) Smluvní strany se zavazují, podávati si navzájem zprávu z trestního rejstříku.

(2) Povinnosti ke zprávě není, když trestní řízení, pro které má být podána,

- a) má za předmět čin, pro který by nebylo povinností k vydání podle článků 4, 5, čís. 2. až 5., nebo článku 6., čís. 3.;
- b) směřuje proti příslušníku dožádané strany, který se nachází mimo území žádající strany, ledaže jde o odporující jednání v oboru dopravy po zemi, po vodě nebo ve vzduchu.

Článek 30.

Podstatný obsah žádosti o právní pomoc.

Žádosti o právní pomoc podle článků 25. až 27. a 29., musí uváděti všechny podstatné údaje o osobních poměrech obviněného, zvláště jeho státní příslušnost a místo, kde se toho času zdržuje, jakož i skutkovou podstatu trestného činu jemu za vinu kladeného, zvláště dobu a místo činu, a stav trestní věci.

Článek 31.

Úřední cesta pro žádosti o právní pomoc.

(1) Žádosti o právní pomoc podle článků 25. až 27. a 29. mohou být podány v přímém úředním styku mezi zúčastněnými soudními a policejními úřady.

(2) Pokud jde o trestní věci zahájené před vojenskými soudy, mohou být řízeny německé žádosti vrchním velitelstvím branné moci přímo na Slovenské ministerstvo spravodlnosti (ministerstvo pravosúdia) a slovenské žádosti Slovenským ministerstvom národnej obrany (ministerstvo národnej obrany) přímo na říšského ministra spravodlnosti.

Článek 32.

Provedení právní pomoci.

Smluvní strany se zavazují, že žádosti o právní pomoc podle článků 25. až 27. a 29. dají vyříditi úřady dožádané strany, které mají vyřizovati podle jejich zákonů úřední jednání stejného druhu ve vlastních trestních věcech, formami předepsanými pro tato úřední jednání a odpovídajícími donucovacími prostředky.

Fünfter Abschnitt

Mitteilung von Verurteilungen

Artikel 33

(1) Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, einander von den rechtskräftigen, auf Strafe lautenden Entscheidungen Mitteilung zu machen, die von den Behörden des einen Teils gegen Angehörige des anderen Teils erlassen werden und nach den Vorschriften des Teils, dessen Behörden sie ausgesprochen haben, in das Strafregister aufzunehmen sind.

(2) Die Mitteilung geschieht dadurch, daß eine Abschrift der Entscheidung oder der dem Strafregister zugehenden Nachricht übersandt wird. Der Austausch erfolgt zwischen dem Reichsminister der Justiz und dem Slowakischen Justizministerium, und zwar in Zwischenräumen von drei Monaten.

Sechster Abschnitt

Schlußbestimmungen

Artikel 34

Kosten der Rechtshilfe

(1) Die den Behörden des ersuchten Teils durch Prüfung der Ersuchen und Gewährung der Rechtshilfe nach den Bestimmungen dieses Vertrags erwachsenden Kosten werden von dem ersuchten Teil getragen. Ebensowenig kann für die durch Rückgabe von Gegenständen oder Mitteilung der Verurteilungen entstehenden Kosten Ersatz beansprucht werden.

(2) Die Kosten, die aus Anlaß einer Beförderung von Personen über die See, einer vorläufigen Auslieferung, einer Durchlieferung oder einer Zuführung nach Artikel 27 entstehen, sowie die Gebühren und Auslagen für Sachverständige werden von dem ersuchenden Teil ersetzt.

Artikel 35

Übersetzungen und Beglaubigungen

(1) Die Ersuchen um Rechtshilfe und ihre Unterlagen sowie die Mitteilungen nach Artikel 33 sind in der amtlichen Sprache eines der vertragschließenden Teile abzufassen. Die Beifügung von Übersetzungen kann nicht beansprucht werden.

(2) Die Ersuchen und ihre Unterlagen sowie die Mitteilungen nach Artikel 33 bedürfen keiner Beglaubigung.

(3) Dasselbe gilt für die mit der Erledigung der Rechtshilfe im Zusammenhang stehenden Schriftstücke.

Artikel 36

Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung

(1) Der Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Část pátá.

Oznamování odsouzení.

Článek 33.

(1) Smluvní strany se zavazují, že si navzájem budou činiti sdělení o právoplatných na trest znějících rozhodnutích, vydaných úřady jedné strany proti příslušníkům druhé strany, a které mají být pojaty do trestního rejstříku podle předpisů té strany, jejíž úřady je vyslovily.

(2) Sdělení děje se tím způsobem, že se zašle opis rozhodnutí nebo zprávy docházející trestnímu rejstříku. Výměna provádí se mezi říšským ministrem spravedlnosti a Slovenským ministerstvem spravedlnosti, a to v obdobích tříměsíčních.

Část šestá.

Závěrečná ustanovení.

Článek 34.

Útraty právní pomoci.

(1) Útraty povstalé úřadům dožádané strany zkoumáním žádostí a poskytnutím právní pomoci podle ustanovení této smlouvy nese dožádaná strana. Rovněž tak nelze činiti nárok na náhradu útrat vzniklých vrácením předmětů nebo sdělením odsouzení.

(2) Útraty vzniklé z podnětu dopravy osob přes moře, předběžného vydání, provedení nebo předvedení podle článku 27., jakož i poplatky a vydání za znalce nahradí žádající strana.

Článek 35.

Překlady a ověření.

(1) Žádosti za právní pomoc a jejich doklady, jakož i sdělení podle článku 33. buďtež vyhotoveny v úřední řeči jedné ze smluvních stran. Připojení překladů nelze požadovati.

(2) Žádosti a jejich doklady, jakož i sdělení podle článku 33. nepotřebují žádného ověření.

(3) Stejně platí o spisech souvisejících s vyřízením právní pomoci.

Článek 36.

Ratifikace, nabytí platnosti a výpověď.

(1) Smlouva má být ratifikována a ratifikační listiny mají se vyměnit pokud možno nejdříve v Berlíně.

(2) Der Vertrag tritt einen Monat nach Ablauf des Tages, an dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft.

(3) Er bleibt in Geltung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem er von einem der beiden Teile gekündigt wird.

(2) Smlouva nabude platnosti jeden mesic po uplynuti dne, ktereho nastala vymena ratifikacnich listin.

(3) Zůstává v platnosti až do šesti měsíců po uplynutí dne, kterého byla jednou z obou stran vypovězena.

Artikel 37

Ältere Abkommen

(1) Das deutsch-slowakische Abkommen zur Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Rechtspflege vom 20. Juli 1939 und die zu seiner Ergänzung getroffene deutsch-slowakische Vereinbarung vom 1./5. Dezember 1939 bleiben unberührt.

(2) Der durch das im Absatz 1 erwähnte Abkommen einstweilen aufrechterhaltene Vertrag über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen zwischen dem Deutschen Reiche und der früheren Tschecho-Slowakischen Republik vom 8. Mai 1922 tritt mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag gezeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und slowakischer Sprache in Preßburg am 21. September 1940.

Freiherr von Killinger
Dr. Wolfgang Mettgenberg
Dr. Adolf Siedler
Vojtech Tuka
Viktor Bečka
Dezider Rakšány

Schlußprotokoll.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Auslieferungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik stellen die unterzeichneten Bevollmächtigten namens ihrer Regierungen Einverständnis über folgendes fest:

I.

Zu Artikel 1:

- a) „Strafsachen“ im Sinne dieser Bestimmung sind Verfahren vor einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde, in denen wegen einer Tat eine öffentliche (kriminelle) Strafe ausgesprochen werden kann.
- b) Fehlt es für die Leistung der Rechtshilfe an einer nach dem Vertrag erforderlichen Voraussetzung, so wird der ersuchte Teil, falls der Mangel alsbald behoben werden kann, vor Ablehnung des Ersuchens dem ersuchenden Teil Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Článek 37.

Starší dohody.

(1) Německo-slovenská dohoda o vzájemném uspořádání v oboru právní péče ze dne 20. července 1939 a k jejímu doplnění učiněná německo-slovenská úmluva ze dne 1./5. prosince 1939 zůstávají nedotčeny.

(2) V odstavci 1. zmíněnou dohodou prozatím v platnosti ponechaná smlouva o vydávání a jiné právní pomoci v trestních věcech mezi Německou říší a bývalou Česko-Slovenskou republikou ze dne 8. května 1922 pozbývá platnosti nabytím platnosti této smlouvy.

Na důkaz toho podepsali a pečeti opatřili plnomocníci tuto smlouvu.

Vyhotoveno ve dvou opisích v německém a slovenském jazyku v Bratislavě dne 21. září 1940.

Závěrečný protokol.

Současně s podepsáním smlouvy o vydávání mezi Německou říší a Slovenskou republikou zjišťují podepsaní plnomocníci jménem svých vlád, že je shoda o následujícím:

I.

Ke článku 1:

- a) „Trestními věcmi“ ve smyslu tohoto ustanovení jsou řízení před soudem nebo správním úřadem, ve kterých pro nějaký čin může být vysloven veřejný (kriminální) trest.
- b) Schází-li pro poskytnutí právní pomoci podle smlouvy nutný předpoklad, poskytne dožadovaná strana, lze-li vadu v krátké době odstranit, před zamítnutím žádosti žádající straně příležitost, aby zaujala stanovisko.

Zu Artikel 9:

Der ersuchte Teil wird bei der Wahl, welchem Auslieferungsersuchen er stattgeben will, die Interessen der Strafrechtspflege berücksichtigen.

Zu Artikel 10, Absatz 2:

Für die Übermittlung der Ersuchen können alle neuzeitlichen Nachrichtenwege gewählt werden, wenn Sicherheit dafür besteht, daß das Ersuchen von einer nach dem Vertrage zuständigen Behörde ausgeht.

Zu Artikel 12, Absatz 2:

Der ersuchte Teil kann für die Beibringung der Ergänzungen eine angemessene Frist bestimmen.

Zu Artikel 15:

Die Frist, innerhalb deren der Ausgelieferte das Gebiet des ersuchten Teils verlassen haben muß, läuft nicht, solange seine Ausreise nicht möglich ist.

Zu Artikel 16:

Als eine „Durchlieferung“ ist es auch anzusehen, wenn eine Person zum Zweck einer Durchlieferung auf einem Schiff oder einem Luftfahrzeug des anderen Teils über die hohe See befördert wird.

Zu Artikel 17:

Die vertragschließenden Teile behalten sich vor, Grenzorte zu vereinbaren, an denen die Verfolgten im Auslieferungs- und Durchlieferungsverkehr übernommen oder übergeben werden.

Zu Artikel 19:

Die herausgegebenen Gegenstände und Beweismittel, deren Rückgabe vorbehalten ist, sollen pfleglich behandelt werden.

Zu Artikel 31:

- a) Zu den Polizeibehörden rechnet auch die Gendarmerie.
- b) Die vertragschließenden Teile werden einander ein Verzeichnis der zur Entgegennahme der Ersuchen zuständigen Behörden, soweit es sich um Justiz- und Strafregisterbehörden handelt, zukommen lassen.

Zu Artikel 32:

Ist einem Zustellungsersuchen entsprochen worden, so wird dem ersuchenden Teil ein Zustellungszeugnis mit nachstehendem Inhalt ausgestellt werden:

Ke článku 9:

Dožádaná strana bude při volbě, které žádosti za vydání má vyhovět, bráti zřetel na zájmy trestní právní péče.

Ke článku 10., odstavec 2.:

Pro odeslání žádostí mohou být voleny všechny novodobé zpravodajské prostředky, je-li zabezpečeno, že žádost vychází od úřadu příslušného podle smlouvy.

Ke článku 12., odstavec 2.:

Dožádaná strana může pro dodání doplnění určití přiměřenou lhůtu.

Ke článku 15:

Lhůta, během které vydaná osoba musí opustit území dožádané strany, neběží, pokud její odcestování není možné.

Ke článku 16:

Jako na „provezení“ budíž též nahlíženo, když osoba za účelem provezení se dopravuje na loď nebo letadlem druhé strany přes širé moře.

Ke článku 17:

Smluvní strany si vyhrazují, dohodnout se o pohraničních místech, ve kterých stíhaní ve vydávacím a provázecím styku budou přijímání nebo odevzdávání.

Ke článku 19:

S vydanými předměty a důkaznými prostředky, jejichž navrácení jest vyhrazeno, má být pečlivě zacházeno.

Ke článku 31:

- a) Ku policejním úřadům počítá se i četnictvo.
- b) Smluvní strany dají si vzájemně zaslati seznam úřadů příslušných ku přijímání žádostí, pokud jde o úřady soudní a trestních rejstříků.

Ke článku 32:

Bylo-li vyhověno žádosti za doručení, vystaví se žadající straně potvrzení o doručení následujícího obsahu:

Zustellungszeugnis

D..... (Ladung, Urteil usw., die Art des zugestellten Schriftstücks ist anzuführen) ist am durch Aushändigung de... zugestellten Schriftstück... an (Vor- und Zuname, Beruf und Anschrift des Zustellungsempfängers) [in anderen Fällen: an d..... (Vor- und Zuname) als (Stellung des Empfängers zum Zustellungsempfänger) d..... Zustellungsempfänger.....]¹) zugestellt worden.

..... den 19.....
(Dienststempel) (Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Zu Artikel 37:

Die Vereinbarungen strafrechtlicher Art, die in dem Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat vom 18./23. März 1939 und in den zu seiner Ergänzung und Ausführung getroffenen Abmachungen und Abreden enthalten sind, bleiben unberührt.

II.

- a) Die Angehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren gelten im Sinne dieses Vertrags als deutsche Staatsangehörige.
b) Soweit Maßnahmen der Gerichte und sonstigen Behörden, insbesondere ihre Entscheidungen, nach den Bestimmungen des Vertrags auf den Auslieferungs- und sonstigen Rechtshilfeverkehr Einfluß haben, stehen die Gerichte und sonstigen Behörden des Protektorats Böhmen und Mähren den deutschen Gerichten und sonstigen Behörden gleich.

III.

Hat einer der vertragschließenden Teile Anlaß, bei dem anderen die Einleitung eines Strafverfahrens anzuregen, so können Ersuchen dieser Art auf dem im Artikel 11 bezeichneten Wege gestellt werden. Artikel 35 gilt entsprechend.

IV.

Die vertragschließenden Teile lassen in Strafsachen den Postverkehr zwischen Behörden des anderen Teils und Personen, die sich in ihrem Gebiete befinden, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit zu, es sei denn, daß es sich um Mitteilung handelt:

- 1. in denen der Empfänger zu einem Tun oder Unterlassen aufgefordert wird, sofern die Aufforderung in einer politischen Strafsache ergeht;

¹) Soweit die Zustellung in anderer Art als durch Übergabe (Niederlegung bei einer Behörde, öffentlich) erfolgt ist, ist diese Art der Zustellung bekanntzugeben.

Potvrzení o doručení.

..... (předvolání, rozsudek atd., druh doručené písemnosti buď uveden) byl dne odevzdáním písemnosti, jež má být doručena, do rukou (jméno a příjmení, povolání a adresa příjemce doručení lv jiných případech: (jméno a příjmení) jakožto (poměr příjemcův k adresátovi) adresátovi¹) doručen.

..... dne 19.....
(Úřední razítko) (Podpis a označení úřadu)

Ke článku 37:

Ujednání trestněprávní povahy, obsažená ve smlouvě o ochranném poměru mezi Německou říší a Slovenským státem ze dne 18./23. března 1939 a v dohodách a dohovorech učiněných k její doplnění a vykonávání, zůstávají nedotčena.

II.

- a) Příslušníci protektorátu Čechy a Morava platí ve smyslu této smlouvy za německé státní příslušníky.
b) Pokud opatření soudů a jiných úřadů, zvláště jich rozhodnutí, mají vliv na vydávací a jinaký styk v právní pomoci, rovnají se soudy a jiné úřady protektorátu Čechy a Morava německým soudům a jiným úřadům.

III.

Má-li jedna ze smluvních stran podnět, aby svolala u druhé zavedení trestního řízení, mohou se žádosti tohoto druhu podávat cestou oznáčenou ve článku 11. Článek 35. platí přiměřeně.

IV.

Smluvní strany připustí v trestních věcech poštovní styk mezi úřady druhé strany a osobami, nalézajícími se na jejich území, bez ohledu na jejich státní příslušnost, ledaže jde o sdělení:

- 1. jimiž příjemce se vyzývá k nějakému konání nebo opominutí, pokud výzva se vydává v politické trestní věci;

¹) Pokud doručení se stalo jiným způsobem než odevzdáním (složením u úřadu, veřejně), buď oznámen tento způsob doručení.

2. in denen dem Empfänger für den Fall, daß er im Gebiet des anderen Teils etwas tut oder unterläßt, Zwangsmaßnahmen oder sonstige Rechtsnachteile angedroht werden;
 3. durch deren Empfang Rechtswirkungen herbeiführt, insbesondere Fristen in Lauf gesetzt werden;
 4. in denen die Form den Eindruck erwecken muß, als sollte der Empfänger zu einem bestimmten Verhalten in dem Gebiet des anderen Teils verpflichtet werden.
2. v nichž se příjemci pro případ, že na území druhé strany něco vykoná nebo opomine, vyhrožuje donucovacími opatřeními nebo jinými právními újmami;
 3. jichž přijetím se přivodí právní účinky, zvláště lhůty počnou běžeti;
 4. jejichž forma musí vzbudit dojem, jako by příjemce měl býti zavázán k určitému chování na území druhé strany.

V.

Der Reichsminister der Justiz und das Slowakische Justizministerium werden nach Bedarf im unmittelbaren Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Vertrags sicherzustellen und die bei seiner Durchführung etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Ministerien berührt wird, werden diese Ministerien eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet, das als wesentlicher Bestandteil des Vertrags vom heutigen Tage gilt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und slowakischer Sprache in Preßburg am 21. September 1940.

Freiherr von Killinger,
Dr. Wolfgang Mettgenberg,
Dr. Adolf Siedler,
Vojtech Tuka,
Viktor Bečka,
Dezider Rakšány.

V.

Říšský ministr spravedlnosti a Slovenské ministerstvo spravdnosti dohodnou se podle potřeby v bezprostředním styku o schůzkách svých zástupců, aby zajistili jednotné provádění smlouvy a odstranili potíže, při jejím provádění snad se vyskytující. Pokud otázkami, jež se mají objasniti, bude dotčen obor působnosti jiných ministerstev, pozvou se tato ministerstva, aby se těchto schůzek zúčastnila.

Na důkaz toho podepsali plnomocníci tento závěrečný protokol, který platí za podstatnou součástku smlouvy z dnešního dne.

Vyhotoveno ve dvou prvopisech v německé a slovenské řeči v Bratislavě dne 21. září 1940.

Bekanntmachung

über den Zusatzvertrag zu dem am 27. Dezember 1939 abgeschlossenen deutsch-slowakischen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten.

Vom 21. Mai 1941.

(RGBl. II, S. 179, ausgeg. am 30. V. 1941).

Am 14. Januar 1941 ist in Berlin von Vertretern des Deutschen Reichs und der Slowakischen Republik ein Zusatzvertrag zu dem am 27. Dezember 1939 in Preßburg zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten unterzeichnet worden. Der Zusatzvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Vyhľadška

o dodatkové smlouvě ke dne 27. prosince 1939 uzavřené německo-slovenské smlouvě o úpravě státní příslušnosti národnostních příslušníků obou států.

Ze dne 21. května 1941.

(Říšský zák. II., str. 179., vyd. dne 30. V. 1941.).

Dne 14. ledna 1941 byla v Berlíně zástupci Německé říše a Slovenské republiky podepsána dodatková smlouva ke dne 27. prosince 1939 v Bratislavě mezi oběma státy uzavřené smlouvě o úpravě státní příslušnosti národnostních příslušníků obou států. Dodatková smlouva se v dalším uveřejňuje.

Der Zusatzvertrag ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 14. Mai 1941 in Preßburg stattgefunden. Der Zusatzvertrag ist gemäß seinem Artikel 5 Satz 2 mit dem gleichen Tage in Kraft getreten.*)

Berlin, den 21. Mai 1941.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Freiherr von Weizsäcker.

* * *

Zusatzvertrag

zu dem am 27. Dezember 1939 in Preßburg abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Slowakischen Republik zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten.

Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik sind übereingekommen, den von ihnen am 27. Dezember 1939 in Preßburg abgeschlossenen Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeit von Volkszugehörigen beider Staaten durch einen Zusatzvertrag zu ergänzen und haben hierzu zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler
den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen
Amt Herrn Dr. Adolf Siedler

und

den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Herrn Dr. Hans Globke.

Der Präsident
der Slowakischen Republik
den bevollmächtigten Minister und außerordentlichen Gesandten Herrn Matúš Černák,
den Chef der rechtlich-administrativen Sektion im Ministerium des Äußeren Herrn Dr. Viktor Bečka

und

den Obersektionsrat im Innenministerium Herrn Dr. Konstantin Dlugopolský,

die nach Prüfung ihrer Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die im Artikel 2 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 bezeichneten slowakischen Volkszugehörigen, die bis zum 14. März 1939 tschechoslowakische Staatsangehörige waren und innerhalb der im Artikel 3 Abs. 1 des bezeichneten Vertrags vorgesehenen Frist die deutsche Staatsangehörigkeit nicht geltend gemacht haben, erwerben am

*) Siehe Anmerkung auf Seite 314.

Dodatková smlouva byla ratifikována. Výměna ratifikačních listin stala se dne 14. května 1941 v Bratislavě. Dodatková smlouva nabyla podle svého článku 5., věta 2. platnosti stejného dne.*)

V Berlinu, dne 21. května 1941.

Říšský ministr zahraničí
V zastoupení
Svobodný pán von Weizsäcker.

* * *

Dodatková smlouva

ke smlouvě uzavřené dne 27. prosince 1939 v Bratislavě mezi Německou říší a Slovenskou republikou o úpravě státní příslušnosti národnostních příslušníků obou států.

Německá říše a Slovenská republika se shodly, že doplní smlouvu uzavřenou jimi dne 27. prosince 1939 v Bratislavě o úpravě příslušnosti národnostních příslušníků obou států dodatkovou smlouvou a jmenovaly k tomu cíli plnomocníky:

Německý říšský kancléř
přednášejícího legačního radu v zahraničním
úřadě pana Dr. Adolfa Siedlera

a

ministerského radu v říšském ministerstvu
vnitřa pana Dr. Hanse Globke-ho.

President Slovenské republiky
zplnomocněného ministra a mimořádného
vyslance pana Matúše Černáka,
šéfa administrativně-právního odboru v ministerstvu zahraničních věcí pana Dr. Viktora Bečka

a

vrchního sekčního radu v ministerstvu vnitřa
pana Dr. Konstantina Dlugopolského,
kteří po přezkoušení svých plných mocí ujednali toto:

Článek 1.

Ve článku 2. smlouvy ze dne 27. prosince 1939 označení slovenští národní příslušníci, kteří byli až do 14. března 1939 československými státními příslušníky a neuplatnili během lhůty předvídané ve článku 3., odst. 1. označené smlouvy německé státní příslušnosti, nabývají dnem nabytí platnosti této dodatkové smlouvy bez dalšího opět slovenskou

*) Viz poznámku na straně 314.

29

Tage des Inkrafttretens dieses Zusatzvertrags ohne weiteres wieder die slowakische Staatsangehörigkeit, sofern sie diese nach der innerstaatlichen slowakischen Gesetzgebung mit Wirkung vom 14. März 1939 erworben hatten.

Für die Ehefrau und die unter 18 Jahre alten Kinder dieser Personen gilt Artikel 6 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 entsprechend.

Artikel 2

Die im Artikel 2 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 bezeichneten slowakischen Volkszugehörigen können, soweit sie am 14. März 1939 staatenlos waren, die deutsche Staatsangehörigkeit noch während eines Zeitraums von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags gemäß Artikel 3 Abs. 1 des erstbezeichneten Vertrags geltend machen.

Artikel 3

Die im Artikel 3 Abs. 1 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 vorgesehene Frist zur Geltendmachung der slowakischen Staatsangehörigkeit endigt für deutsche Volkszugehörige erst 6 Monate nach Inkrafttreten dieses Zusatzvertrags.

Artikel 4

Die beiden Staaten werden einander bis zum 31. Dezember 1941 ein Verzeichnis der Personen übermitteln, die die Staatsangehörigkeit des mitteilenden Staates auf Grund des Vertrags vom 27. Dezember 1939 oder dieses Zusatzvertrags rechtswirksam geltend gemacht haben, sowie der Personen, auf die sich der Erwerb der Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 6 des Vertrags vom 27. Dezember 1939 oder Artikel 1 Abs. 2 dieses Zusatzvertrags erstreckt. In dem Verzeichnis sind die beteiligten Personen mit Vor- und Zunamen, Geburtstag und -ort sowie Wohnort (mit näherer Anschrift) aufzuführen.

Artikel 5

Dieser Zusatzantrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Preßburg ausgetauscht werden. Der Zusatzvertrag tritt mit dem Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und in slowakischer Sprache.

Berlin, am 14. Januar 1941.

Dr. Adolf Siedler.

Dr. Hans Globke.

Matuš Černák.

Viktor Bečka.

Dr. Konstantin Długopolský.

stätti príslušnosť, pokiaľ tieto nabyli podľa vnútroštátneho slovenského zákonodarstva odo dne 14. března 1939.

Pro manželku a do 18 let staré dívky těchto osob platí přiměřeně článek 6. smlouvy ze dne 27. prosince 1939.

Článek 2.

Ve článku 2. smlouvy ze dne 27. prosince 1939 označení slovenští státní příslušníci mohou, pokud byli dne 14. března 1939 beze státní příslušnosti, uplatnit německou státní příslušnost podle článku 3., odst. 1. vpředu označené smlouvy ještě během časového období 6 měsíců po nabytí platnosti této dodatkové smlouvy.

Článek 3.

Ve článku 3., odst. 1. smlouvy ze dne 27. prosince 1939 určená lhůta k uplatnění slovenské státní příslušnosti končí pro německé národní příslušníky teprve 6 měsíců po nabytí platnosti této dodatkové smlouvy.

Článek 4.

Oba státy zašlou si vzájemně do dne 31. prosince 1941 seznam osob, které právoplatně uplatnily státní příslušnost sdělujícího státu na základě smlouvy ze dne 27. prosince 1939 nebo této dodatkové smlouvy, jakož i osob, na které se vztahuje nabytí státní příslušnosti podle článku 6. smlouvy ze dne 27. prosince 1939 nebo článku 1., odst. 2. této dodatkové smlouvy. V seznamu buďtež zúčastněné osoby uvedeny jménem a příjmením, dnem a místem narození, jakož i bydlištěm (s bližší adresou).

Článek 5.

Tato dodatková smlouva má být ratifikována. Ratifikační listiny mají se vyměnit v Bratislavě. Dodatková smlouva vstoupí v platnost dnem výměny ratifikačních listin.

Vyhotoveno ve dvou prvpisech v německém a slovenském jazyku.

V Berlinu dne 14. ledna 1941.

29a
Verordnung
über Hilfsausbilder im Reichsarbeits-
dienst.

Vom 30. Mai 1941.

(RGBl. I, S. 299, ausgeg. am 7. VI. 1941).

Auf Grund des § 10 der Verordnung über die Fortführung des Reichsarbeitsdienstes für die männliche Jugend während des Krieges vom 20. Dezember 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2465) wird im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht verordnet:

Der Reichsarbeitsführer kann im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht bestimmen, daß ein Hundertsatz von Reichsarbeitsdienstpflichtigen als Hilfsausbilder über den allgemeinen Entlassungstag der Angehörigen ihres Geburtsjahrgangs hinaus — höchstens bis zur Entlassung des folgenden Geburtsjahrgangs — im Reichsarbeitsdienst verbleibt.

Berlin, den 30. Mai 1941.

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung

Hierl.

Narřízení

o pomocných vzdělavatelích v říšské
pracovní službě.

Ze dne 30. května 1941.

(Říšský zák. I., str. 299., vyd. dne 7. VI. 1941.)

Na základě § 10. nařízení o dalším vedení pracovní služby pro mužskou mládež během války ze dne 20. prosince 1939 (Říšský zák. I., str. 2465.) se nařizuje v dohodě se šéfem vrchního velitelství branné moci:

Říšský vedoucí práce může v dohodě se šéfem vrchního velitelství branné moci stanovit, že zůstane nějaké procento říšskou pracovní službou povinných v říšské pracovní službě jako pomoci vzdělavatelé dále přes všeobecný propouštěcí den příslušníků jejich ročníku narození, — nejvýše až do propuštění následujícího ročníku narození.

V Berlinu dne 30. května 1941.

Říšský ministr vnitra

V zastoupení

Hierl.

Verordnung

des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über
die Zuständigkeit bei außergerichtlichen Straf-
sachen im Protektorat Böhmen und Mähren gegen
Angehörige der // und der Deutschen Polizei, die
der Gerichtsbarkeit der // und Polizeigerichte
unterstehen.

Vom 10. Juni 1941.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (RGBl. I S. 1039) wird verordnet:

§ 1

In den nach dem Recht des Protektorats Böhmen und Mähren vorgesehenen Fällen eines außergerichtlichen Strafverfahrens treten bei Zuwiderhandlungen von Angehörigen der // und der Deutschen Polizei, soweit für sie die // und

Narřízení

říšského protektora v Čechách a na Moravě o pří-
slušnosti při mimosoudních trestních věcech v pro-
tektorátu Čechy a Morava proti příslušníkům //
a Německé policie, podléhajícím soudnictví // a
policejních soudů.

Ze dne 10. června 1941.

Na základě § 1. nařízení o právu vydávati právní předpisy v protektorátu Čechy a Morava ze dne 7. června 1939 (Říšský zák. I., str. 1039.) se nařizuje:

§ 1.

V případech mimosoudního trestního řízení, předvídaných podle práva protektorátu Čechy a Morava, nastupují při činech tomu se přičících příslušníků // a Německé policie, pokud pro ně jest zřízeno soudnictví // a policie, k vyšetřování a roz-

Polizeigerichtsbarkeit eingerichtet ist, zur Untersuchung und Entscheidung an die Stelle der Behörden des Protektorats die zuständigen §§- und Polizeigerichte.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

(2) Die am Tage des Inkrafttretens anhängigen außergerichtlichen Strafsachen (§ 1) gehen in der Lage, in der sie sich befinden, auf die zuständigen §§- und Polizeigerichte über.

Prag, den 10. Juni 1941.

Der Reichsprotector in Böhmen
und Mähren
In Vertretung
K. H. Frank,
Staatssekretär.

30

hodování na místo úřadů Protektorátu příslušné soudy §§ a policie.

§ 2.

(1) Toto nařízení nabývá platnosti dnem vyhlášení.

(2) Mimosoudní trestní věci (§ 1.) v den nabytí platnosti v běhu jsoucí přecházejí na příslušné soudy §§ a policie ve stavu, v němž se nalézají.

V Praze dne 10. června 1941.

Říšský protektor v Čechách
a na Moravě
V zastoupení
K. H. Frank,
státní tajemník.

Bekanntmachung

des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren betreffs Unterstellung einiger Stadtgemeinden unter die deutsche Gerichtsbarkeit.

Vom 12. Juni 1941.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 Ziff. 4 der Zweiten Verordnung zur Ausführung der Verordnung über die Ausübung der bürgerlichen Rechtspflege im Protektorat Böhmen und Mähren vom 5. September 1939 — RGBl. I S. 1697 — wird bestimmt:

Bei Anwendung der Vorschriften über die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren stehen die Stadtgemeinden Budweis, Brünn, Iglau, Mähr.-Ostrau und Olmütz den deutschen Staatsangehörigen gleich.

Die Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichsprotector in Böhmen
und Mähren
In Vertretung
K. H. Frank,
Staatssekretär.

Vyhláška

říšského protektora v Čechách a na Moravě týkající se podřízení některých městských obcí německému soudnictví.

Ze dne 12. června 1941.

Na základě § 1., odst. 2., čís. 4 Druhého nařízení ku provádění nařízení o vykonávání občanského soudnictví ze dne 5. září 1939 — Říšský zák. I., str. 1697 — se stanoví:

Při používání předpisů o německém soudnictví v protektorátu Čechy a Morava jsou německým státním příslušníkům na roveň postaveny městské obce České Budějovice, Brno, Jihlava, Moravská Ostrava a Olomouc.

Nařízení nabývá platnosti dnem vyhlášení.

Říšský protektor v Čechách
a na Moravě
V zastoupení
K. H. Frank,
státní tajemník.

21. 6. 41

30a

Verordnung des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren auf dem Gebiete des Meldewesens.

Vom 13. Juni 1941.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über das Rechtsetzungsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1039) wird verordnet:

§ 1

Alle deutschen Staatsangehörigen haben — unbeschadet ihrer Pflicht zur polizeilichen An- und Ummeldung bei den autonomen Meldebehörden nach der Meldeordnung vom 30. April 1941*) — dem zuständigen Oberlandrat auf besondere Aufforderung innerhalb der vorgeschriebenen Frist die erforderlichen Angaben über ihre Person, ein etwaiges Wehr- und Arbeitsdienstverhältnis, die Mitgliedschaft zur NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden unter Benutzung des amtlich vorgeschriebenen Vordruckes (Anlage) zu machen und auf Anordnung des Oberlandrats persönlich zu erscheinen.

Anlage

§ 2

Wehrmachtangehörige sowie die mit ihnen in Haushaltsgemeinschaft wohnenden Familienangehörigen sind für die Dauer des Krieges von der allgemeinen polizeilichen Meldepflicht nach der Meldeordnung vom 30. April 1941*) befreit. Sie unterliegen für die Zeit einer besonderen Meldepflicht bei den Standortkommandanturen bzw. den Standortältesten nach Maßgabe der von dem Wehrmachtbevollmächtigten beim Reichsprotector zu erlassenden Bestimmungen.

§ 3

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die ihm nach § 1 obliegende besondere Meldepflicht nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt, wissentlich bei dieser Meldung falsche oder unvollständige Angaben macht oder wissentlich beim Oberlandrat eine Scheinmeldung abgibt, wird mit Geldstrafe bis zu 150.— RM oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1941 in Kraft.

Der Reichsprotector in Böhmen
und Mähren
In Vertretung
K. H. Frank,
Staatssekretär.

*) Die Meldeordnung der autonomen Regierung wird gleichzeitig mit dieser VO. in der Slg. d. Ges. u. VO. veröffentlicht.

Narřízení říšského protektora v Čechách a na Moravě v oboru hlášení se.

Ze dne 13. června 1941.

Na základě § 1. nařízení o právu vydávati právní předpisy v protektorátu Čechy a Morava ze dne 7. června 1939 (Říšský zák. I., str. 1039.) se nařizuje:

§ 1.

Všichni němečtí státní příslušníci jsou povinni — bez újmy své povinnosti k policejnímu přihlašování, odhlašování a přehlašování u autonomních přihlašovacích úřadů podle přihlašovacího řádu ze dne 30. dubna 1941*) — učiniti příslušnému vrchnímu zemskému radovi na zvláštní vyzvání během předepsané lhůty nutné údaje o své osobě, případném poměru služby branné a pracovní, členství v NSDAP, jejich útvech a připojených svazech za použití předepsaného tiskopisu (Příloha) a na nařízení vrchního zemského rady osobně se do-
staviti.

Příloha

§ 2.

Příslušníci branné moci jakož i rodinní příslušníci bydlící s nimi v domáckém společenství jsou na dobu války od všeobecné policejní povinnosti se hlásiti podle přihlašovacího řádu ze dne 30. dubna 1941*) osvobozeni. Podléhají na tuto dobu zvláštní povinnosti se hlásiti u místních komandantur příp. u nejstarších v posádce ve smyslu ustanovení, která mají býti vydána zmocněncem branné moci u říšského protektora.

§ 3.

Kdo úmyslně nebo z nedbalosti nesplní zvláštní povinnost se hlásiti, uloženou mu podle § 1., nebo nesplní včas, při tomto hlášení učini vědomě údaje nesprávné nebo neúplné nebo vědomě u vrchního zemského rady odevzdá klamně hlášení, bude potrestán peněžitým trestem až do 150 ř. m. nebo vazbou až do šesti týdnů.

§ 4.

Toto nařízení nabývá platnosti dne 1. července 1941.

Říšský protektor v Čechách
a na Moravě
V zastoupení
K. H. Frank,
státní tajemník.



*) Přihlašovací řád autonomní vlády se současně s tímto nařízením uveřejňuje ve Sb. z. a n.

95112

31

1.) Vermerk:

Kurator Ehrlicher hat in der einschlägigen Angelegenheit dem Herrn Staatssekretär wiederholt mündlich berichtet. Eine weitere Verfolgung der Angelegenheit durch das Büro des Herrn Staatssekretärs ist nicht mehr erforderlich. Daher

2.) z.d.A. *te*



Handwritten signature

1881e

St.S. IV J - 27 - 41

32

el
-5. V. 1942

- 1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Ministerialrat Hansel.

Jn Sachen Standort der neuen Kliniken zu Prag bitte ich in Verfolg der dort. Zuschrift vom 12.1.d.Js. - Zeichen I 11 Nr. 16-01-119/41 ^{II} um eine Mitteilung über den derzeitigen Stand der Angelegenheit.

- 2) Wv. am 4.⁸.1942 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am 4.6.42

4.8.42

01810

b

I 11 Nr.16-01-119/41 II.

Prag, den 12. Jänner 1942.

Büro des Staatssekretärs
für die Reichsprotektion
in Böhmen und Mähren
14. JAN. 1942

Herrn

Oberregierungsrat Dr. G i e s .

Zu Ihrem Schreiben vom 31. Dezember 1941
St.S.IV J-27 b/41 kam ich im Nachgang zu meinen
Darstellungen vom 2. August 1941 I 11- 16-01-115/41
Folgendes berichten:

Die Frage des Standortes der künftigen
Neubauten für die Deutschen Kliniken habe ich bei
meinem letzten Aufenthalt in Berlin auch mit dem
zuständigen Sachbearbeiter im Reichserziehungs -
ministerium, dem Haushaltsreferenten Ministerial -
rat Dr. Breuer, besprochen, der unter Hinweis auf seine
Erfahrungen und unter Darstellung besonderer Gründe
dafür eintrat, die Klinikbauten im Zusammenhang mit
der geplanten Hochschulstadt zu errichten. Ich
habe hierüber am 26.9. Herrn Staatssekretär Vortrag
gehalten, der meinen mündlichen Bericht mit der
Bemerkung zur Kenntnis nahm, daß die Frage des
Standortes also noch offen stünde.

Ich habe weiters die Stellungnahme des
Sachbearbeiters im Reichserziehungsministerium
dem Dekan der medizinischen Fakultät Professor
Rühl mitgeteilt, und ihn zur Stellungnahme aufge-
fordert. Die Sache ist aber dadurch überholt, daß
Professor Speer bei seinem letzten Besuch in Prag
den Standpunkt vertreten hat, daß die geplante
Hochschulstadt in dem Raum zwischen Laurenziberg
und Schloß Stern nicht in Frage kommt und daß die
Klinikneubauten auf ihrem gegenwärtigen Standort

unter

31810

St. G. IV - 27a/41

33a

11.11.41 - 15.11.41

unter Hinzunahme der angrenzenden Grünflächen errichtet werden müssten. Eine Abschrift der Stellungnahme des Dekans der med. Fakultät lege ich mit der Bitte um Kenntnisnahme bei. In diesem Zusammenhang will ich noch unterstreichen, daß an der Besichtigungsfahrt des Professors Speer auch Professor Wunderlich, der Leiter der Planungskommission, teilgenommen hat und über die Entscheidung des Professors Speer unterrichtet ist.

Der Leiter der Gruppe I 8, Ministerialrat Fischer, der diese Darlegungen mitgezeichnet und an der Besichtigungsfahrt des Herrn Professor Speer teilgenommen hat, macht mich darauf aufmerksam, daß auch Obergruppenführer dem Standpunkte des Professor Speer beigetreten ist.

Ich habe weitere die Stellungnahme des Geschäftsbereichs im Reichsarbeitsministerium dem Dekan der medizinischen Fakultät Professor Speer über die Sache mit der ich mich beauftragt habe, übergeben. Die Sache ist aber dadurch erledigt, daß Professor Speer bei seinem letzten Besuch in Prag den Standpunkt vertreten hat, daß die geplante Erweiterung des Raumes zwischen Lauensteinberg und Schloss Steinhilberich in Frage kommt und daß die Klinikverhältnisse im besagten Standort

Klinikverhältnisse im besagten Standort
angelegt am 21.3.42
21.4.46

unter

91345

Handwritten notes at the bottom of the page

34a

Abschrift

Dekanat der medizinischen Fakultät
der Deutschen Karls-Universität in Prag.
Prag, den 10. Dezember 1941.

Prager Deutschen, bei Berücksichtigung der Aufgaben
der Universitätskliniken gegenüber dem Sudetengau
und der sonstigen deutschen Bezirke des böhmischen
Raumes, sowie einer Verhältniszahl deutsche:tschechische
Patienten 1:1 noch vorlegen. Dieser Vorschlag soll dann
als Grundlage der eigentlichen Bauplanung dienen, um
deren rasche Inangriffnahme besonders unter Berück -
sichtigung der zu erwartenden Schwierigkeiten für Neu-
bauten nach dem Krieg dringlich gebeten wird.
Rühl e.h.

Prag

Unter Bezug auf die Unterredung vom 4.11.41
mit den Herren Ministerialräten Dr. Kaxaul und Dr. Pfafst
möchte ich als beratende Stellungnahme der
Fakultät mitteilen, das nach wie vor (vergl. Schreiben
des Dekans vom 7.6.41, S. 714/41) der Neben der
Reichskliniken auf dem Gelände zwischen Katarinen-
kloster, Apollinaris und Karlsdorf einerseits und der
Künftigen Nordböhmische andererseits als die sachlich
zweckmäßigste Lösung angesehen wird. Die günstige
Verkehrslage an großen Hauptverkehrsachsen
sowie die zentrale Lage geben für eine ärztliche
Versorgung der deutschen Bevölkerung Prags keine
Bedenken.

1344

Da die Fakultät die ärztliche Versorgung
der gesamten deutschen Bevölkerung Prags in den
deutschen Universitätskliniken als vornehmste Pflicht
ansieht, andererseits aber auf technische Patienten
aus kulturpolitischen Gründen ebensowenig wie aus
Unterrichts- und Forschungsgründen verzichtet werden
kann, wird eine Vergrößerung der Reichskliniken
gegenüber dem Vorschlag vom 7.6.41 notwendig werden.
Die Fakultät wird einen präzisieren Vorschlag unter
Zurundelegen der ärztlichen Versorgung von 10000

Prager

35

Ab Ann 2. 1. 42

- 1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Ministerialrat Hansel.

Jn Sachen Standort der neuen Kliniken zu Prag bitte ich um die Erledigung der hies. Zuschrift vom 22.10.d.Js. - Zeichen St.S. IV J - 27b/41.

- 2) Wv. am 1.2.1942 bei dem Unterzeichner.



21810

h

36

23. X. 1941

- 1) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:
Herrn Ministerialrat Hansel.

In Sachen Standort der neuen Kliniken zu Prag lässt der Herr Staatssekretär unter Bezugnahme auf den dort. Bericht vom 2.8.d.Js. - Zeichen I 11 - 16-01 - 115/m um eine weitere Äusserung über den Stand der Angelegenheit bitten.

- 2) Wv. am 23. 10. 1941 bei dem Unterzeichner.

Wiedervorgelegt am 24. 11. 41

Wiedervorgelegt am 23. 12. 41.

h

01310

37

Prag, den 2. August 1941
Herrn Staatssekretär
beim Reichsprojektor
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 8. AUG. 1941

Tgb. Nr.:

111-16-01-115/12

Herrn Staatssekretär,
durch die Hand des Herrn Unterstaatssekretärs
und des Herrn Leiters der Abteilung I,
ergebenst vorgelegt.

657
F 4/8
12/19

Im Anschlusse unterbreite ich die Meldung der
Gruppe Raumordnung vom 22. Juli betr. den Standort für
die neuen Kliniken in Prag und berichte hierzu folgendes:

Der Dekan der Medizinischen Fakultät der Deutschen
Karls-Universität in Prag hat sich in einem Bericht vom
7. Juni 1941 für den Neubau der Kliniken in der Gegend
ihres jetzigen Standortes unter Hinzunahme des zu ver-
legenden Botanischen Gartens und anderer angrenzender
Grundflächen eingesetzt. Dieses Gelände hat den grossen
Vorteil einer besonders günstigen klimatischen Lage.
Auch das ganze klinische und Ambulanzmaterial würde auf
diese Weise den deutschen Kliniken erhalten bleiben.
Auch die Verkehrslage wäre außerordentlich günstig. Die
theoretisch-medizinischen Institute, die in dem Albert-
hof-Gelände schon jetzt sehr zweckentsprechend und auch
modernen Anforderungen gemäss untergebracht sind, würden
bei diesem Projekt im engen Zusammenhang mit den Kliniken
bleiben. Es würde sich ihr Neubau erübrigen. Ein weiterer
Vorteil ist darin zu sehen, daß das Gelände des bis-
herigen Botanischen Gartens als Klinikgarten zur Ver-
fügung stünde. Der einzige Nachteil, daß die Kliniken
und Institute außerhalb der Universitätsstadt zu liegen
kämen, würde insofern keine entscheidende Rolle spielen,
da gerade die kulturpolitischen Aufgaben der deutschen
Kliniken verlangen, daß ihre Tätigkeit mitten unter der
tschechischen Prager Bevölkerung ausgeübt wird, um die -
selbe für die deutschen kulturellen Leistungen zu ge-
winnen. Auch der Rektor der Deutschen Karls-Universität
sowie der Kurator sind für diesen Vorschlag des Dekans
eingetreten.

Als ich an vielen
Minuten sitzen
da!

St. S. 117. 27. 6. 41

34a

eingetreten. Wir haben diesen Antrag mit Schreiben vom 22. Juli 1941 an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung weitergeleitet und uns gleichfalls für den Neubau der Universitätskliniken auf dem eingangs umschriebenen Gelände ausgesprochen. Gleichzeitig haben wir gebeten, den Fachmann für Klinikbauten Prof. Kirschner in Heidelberg für die Erstellung eines Projekts anher zu entsenden und für die Projektierung der Klinikneubauten einen Betrag von 30 000 RM in den Haushalt für 1941 noch einzustellen.



91341

Handwritten notes in blue ink, partially illegible

(Mirrored bleed-through text from the reverse side of the page, including phrases like 'Im Anschluß...', 'Klinik-Universität in Prag...', 'Vorfall einer besonders günstigen klimatischen Lage.', 'Auch das ganze klinische und Ambulanzmaterial würde auf diese Weise den deutschen Kliniken erhalten bleiben.', 'Auch die Verkeimungsfrage außerordentlich günstig. Die Otolaryngologisch-klinische Institute, die in dem Albert-Ludwigs-Krankenhaus schon sehr zweckentsprechend und auch modernen Anforderungen ganz entsprechend sind, würden bei diesem Projekt im wesentlichen erhalten bleiben. Im weiteren Verlauf des Neubaus...') (Note: The text is mirrored and difficult to read due to bleed-through)

St. E. 15. 1941

Prag, den 22. Juli 1941

38

Betrifft : Standort für die neuen Kliniken in Prag

V e r m e r k

Vor einigen Wochen fand bei der Planungskommission für die Hauptstadt Prag und Umgebung eine Besprechung über den Standort für die Hochschulneubauten in Prag statt. Es nahmen teil : die beiden Rektoren, der Universitätskurator, Ministerialdirigent Dr. F u c h s , Ministerialrat Dr. H a n s e l und Ministerialrat Dr. F i s c h e r . Da es fraglich ist, ob das von Landesrat N i e m e y e r seinerzeit vorgeschlagene Gelände in Holleschowitz am Baumgarten früher als in 10 - 12 Jahren nach Kriegsende frei werden wird, da die Auflösung des Bubnaer-Bahnhofes erst nach dem Neubau der gesamten anderen Eisenbahnanlagen von Prag stattfinden kann, schlug Professor W u n d e r l i c h für die Hochschulneubauten das Gelände hinter dem Laurenziusberg bei Breunau als Standort für die Hochschulneubauten vor. Es wird vorbehaltlich einer späteren Entscheidung schon jetzt von der Bebauung freigehalten werden.

Bezüglich der Kliniken herrscht Übereinstimmung, daß diese nicht aus der Stadt heraus verlegt werden können. Der gleichen Ansicht war auch schon Landesrat Niemeyer. Die neuen Kliniken lassen sich auf dem bisherigen Gelände erstellen, wenn man den Botanischen Garten hinzunimmt, der nach Troja verlegt werden soll. Es soll so vorgegangen werden, dass zunächst abschnittsweise die neuen Kliniken in dem freien Gelände (Klinikgärten und Botanischer Garten) errichtet und sodann die alten Gebäude abgetragen werden. Für den Neuaufbau der Kliniken soll ein erster Fachmann herangezogen werden.

gez. Dr. Fischer

b.w.

St. G. IV 7 - 27. 7. / 41

38 v

Prag, den 22. Juli 1941

Gruppe Neuordnung
I 8 30 2533/30/1

Herrn Staatssekretär

unter Beifügung des Schreibens des Landesvizepräsidenten in Böhmen vom 14.7.1941 vorgelegt. Wegen der Fühlungnahme mit dem Reichserziehungsministerium wird auf anliegenden Bericht von Herrn Ministerialrat Dr. H a n s e l Bezug genommen.



91340

gez. Dr. Fischer

St. E. v. - 22. - 1941

39

Der Landesvizepräsident
in Böhmen

Zahl: 990/78. Präs./4

Generalreferat für Raumordnung
beim Reichsprotector in Böhmen u. Mähren
Eing.: 19. JULI 1941
Tgb. Nr. 2053/301/11
Akt. Z. Anl.

Prag, den 14. Juli 1941.
Matthias-Braun-Straße 11

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 16. JULI 1941
Tgb. Nr.:

Herrn
Staatssekretär K. H. Frank
4-Gruppenführer

Prag IV
Czernin-Palais.

16-M-11-7/4

K. 19/7

J. K. ...
18/4

Sehr geehrter Herr Staatssekretär !

Nach dem am 12.VII.1941 gehaltenen Vortrag und unter Bezugnahme auf mein früheres Schreiben vom 17.II.41, Zahl 990/35, erbitte ich nochmals, sobald als möglich in Berlin durch das Erziehungsministerium feststellen zu lassen, ob die neuen deutschen Kliniken auf dem erweiterten Bauplatz des heutigen Allgemeinen Krankenhauses errichtet werden sollen, oder aber ob ein anderer Bauplatz hierfür in Frage kommt. Die Klärung der Frage ist ungemein wichtig und dringend und gestatte ich mir, hiezu noch zu berichten, dass sowohl die Planungskommission als auch die Klinikvorstände sich dafür ausgesprochen haben, dass die Kliniken auf dem bisherigen Platz durch den Botanischen Garten erweitert errichtet werden mögen.

Erst nach endgültiger Feststellung des Bauplatzes kann an eine Planung gedacht werden und im Zuge derselben könnten manche Nebengebäude jetzt schon auf dem richtigen Platz neu errichtet werden, so vorallem das Schwesternheim der DRK-Schwester.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener

S. Schuler
117-27 6/41